

# bulletin

## **Sorgenbarometer der Credit Suisse 2004**

Arbeitslosigkeit, Gesundheitswesen,  
Altersvorsorge und Asylwesen

Schlussbericht zum allgemeinen Teil des Sorgenbarometers 2004,  
im Auftrag vom Bulletin der Credit Suisse



# Inhaltsverzeichnis

<b>INHALTSVERZEICHNIS</b> .....	<b>2</b>
<b>1. DIE EINLEITUNG</b> .....	<b>3</b>
1.1. DIE FRAGESTELLUNG .....	3
1.2. DAS BEOBACHTUNGSTRUMENT .....	4
1.3. DIE DATENBASIS .....	5
1.4. DIE BERICHTERSTELLUNG .....	5
<b>2. DIE BEFUNDE</b> .....	<b>7</b>
2.1. DER WEGWEISER .....	7
2.2. DIE PROBLEME.....	7
2.3. DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD .....	22
2.4. DAS VERTRAUEN .....	32
<b>3. DIE SYNTHESE</b> .....	<b>41</b>
3.1. KURZE REKAPITULATION DER FRAGESTELLUNG .....	41
3.2. DAS WIRTSCHAFTLICHE UMFELD .....	41
3.3. DAS PROBLEMBEWUSSTSEIN .....	42
3.4. DAS INSTITUTIONENVERTRAUEN .....	43
3.5. EINE OPTIMISTISCHE SCHLUSSBEMERKUNG ALLEM ZUM TROTZ.....	43
<b>ANHANG</b> .....	<b>45</b>
DAS GFS.BERN TEAM .....	45

# 1. Die Einleitung

## 1.1. Die Fragestellung

Der Soziologe Niklas Luhmann schrieb: Moderne Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie befähigt sind, sich selber zu beobachten. Die Entwicklung zur Mediengesellschaft ist eine Voraussetzung hierfür. Massenmedien spiegeln das gesellschaftliche Leben und konstituieren so Wirklichkeit. Diese Wirklichkeit erlaubt es den Menschen, den MediennutzerInnen, Realitäten zu beobachten. Sie ermöglicht aber auch die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen durch SpezialistInnen, die ihrerseits in Fachöffentlichkeiten vorgestellt, geprüft, diskutiert und weiter entwickelt werden. Zu diesen SpezialistInnen zählen die PolitikerInnen, die allgemein verbindliche Normen für das gesellschaftliche Zusammenleben definieren müssen. Sie machen das aufgrund von Prioritäten zu Problemen, die einer Lösung harren.

Nun ist schon die Definition von Prioritäten ein ungelöstes Problem. Die Forderung des FDP-Präsidenten, Rolf Schweizer, im Mai 2004, nach den abgelehnten Behördenvorlagen zur Steuer- und Rentenreform müssten die Regierungsparteien in der Lage sein, die dringenden Probleme der Gegenwart gemeinsam zu orten und verbindlich zu hierarchisieren, sind ein beredetes Beispiel dafür. Nur zögerlich fand man sich am "eckigen" Tisch zusammen, und legte fest, dass die Sanierung der IV die höchste Priorität für die gemeinsam getragene Politik habe.

Was hätten die BürgerInnen Schweizer und den anderen ParteipräsidentInnen geantwortet, wären sie gefragt worden? Das Gleiche, etwas anderes? Wie analysieren sie aus ihrer eigenen Erfahrung resp. vermittelt über Massenmedien die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Schweiz, und wo würden sie den Hebel ansetzen? Die politische Prioritätenliste aus Sicht der Stimmberechtigten zu kennen, ist seit jeher die Zielsetzung des "Sorgenbarometers". Dieses versteht sich als Monitor nicht der veröffentlichten Meinung, also der Massenmedien wie TV, Radio und Zeitungen, sondern der BürgerInnen-Meinung, also der stimmberechtigten Menschen in der Schweiz. Dabei werden über die Zeit hinweg nicht alle denkbaren Fragen geklärt, sondern drei:

- Was sind die wichtigsten, was sind die dringendsten Sorgen, welche die Bürger und Bürgerinnen in der Schweiz haben?
- Wie nehmen sie das wirtschaftliche Umfeld wahr?
- Welche Folgerungen ergeben sich aus beidem für das Vertrauen in die Institutionen?

## 1.2. Das Beobachtungsinstrument

Würde man diese Frage aus der Medienbeobachtung beantwortet, würde man alle in der Öffentlichkeit geäußerten Meinungen sammeln, die Prozesse der medialen Meinungsbildung analysieren und Produkte von Entscheidungen bewerten. Das wäre eine Möglichkeit des Monitorings. Geleistet würde sie durch Medieninhaltsanalysen. Diese haben den Vorteil, relativ einfach erstellt werden zu können. Sie haben jedoch den Nachteil, eine konstruierte Realität zu sein, deren Konstruktion der Logik der Medien folgt. In repräsentativen Demokratien ist das zwar die entscheidende Bezugsgröße ausserhalb von Wahlzeiten. In direkten Demokratien wie der Schweiz kann das jedoch auch zu Fehlschlüssen führen. Vor allem dann, wenn die Bürger und Bürgerinnen via Volksabstimmungen direkt in die Willensbildung eingreifen, spielen deren Prioritäten und Ansichten unmittelbar eine Rolle. Sie äussern mit ihrer Zustimmung oder Ablehnung zu Behörden- oder Oppositionsvorlagen auch, was sie für wichtig und dringlich halten und was nicht.

Der Kenntnis der BürgerInnen-Meinungen kommt deshalb in direkten Demokratien wie der Schweiz eine erhöhte Bedeutung zu. Diese kann auf verschiedene Arten und Weisen konstituiert werden. Eine davon ist die Umfrageforschung. Genau genommen konstruiert auch sie Realität, nun aber nicht aus der Logik der Medien, sondern der empirischen Sozialforschung. Zu dieser gehört, dass sie Meinungen von repräsentativ ausgewählten BürgerInnen sammelt. Diese wiederum sind das Produkt der Erfahrungen, welche die Befragten in ihrem eigenen Alltag machen, wie auch ein Reflex der veröffentlichten Meinung, die täglich aus der Bürgerschaft einwirkt. So entstehen Stimmungslagen, die mit den Mitteln der Demoskopie, der Volksbeobachtung, abgebildet werden können. Eine einzelne Erhebung ist dabei nicht mehr als eine Momentaufnahme. Es ist aber auch nicht weniger als ein Stimmungsbild eines repräsentativen Querschnitts, also eines Abbilds der Bürgerschaft.

Kombiniert man jedoch einzelne Erhebungen, die in vergleichbarer Weise gemacht worden sind, bekommt man einen Mehrwert. Dieser ist nicht nur quantitativer Natur, indem die Daten aktueller sind und zahlreicher werden. Er ist auch von qualitativer Bedeutung. Möglich wird es so, Entwicklungen der BürgerInnen-Meinungen resp. der Stimmungslagen zu verfolgen, und diese Trends mit anderen in Beziehung zu setzen. So erhält man nicht nur eine perspektivische Sicht der Dinge, die man untersucht. Es eröffnen sich auch Möglichkeiten, diese mit anderen Trenduntersuchungen in Verbindung zu bringen. So kann die in der ad hoc betriebenen Umfrageforschung vorherrschende strukturelle Sichtweise überwunden werden. Möglich wird es, via Zeitvergleiche auch Richtungen der Veränderungen zu bestimmen, die Dauer solcher Trends oder Zyklen kennen zu lernen und sie inskünftig für die Interpretation von ad hoc Untersuchungen zu verwenden.

Das Sorgenbarometer ist ein demoskopisches Informationssystem zur Beobachtung der BürgerInnen-Meinungen in der Schweiz über politisch prioritäre Probleme und ihre Entwicklungen.

### **1.3. Die Datenbasis**

Vorbereitet wird das Sorgenbarometer durch eine jährliche Stimmberechtigten-Befragung in der ganzen Schweiz. Die Erhebung der Daten erfolgt dabei mittels persönlicher Interviews. Realisiert wurde diese zwischen dem 13. und 30. September 2004. Dabei wurden genau 1000 repräsentativ ausgewählte Personen befragt.

Angaben aus repräsentativen Stichprobenerhebungen unterliegen einem statistischen Stichprobenfehler. Diese resultiert daraus, dass man nur einen systematisch ausgewählten Teil, nicht alle Mitglieder der Grundgesamtheit befragt hat. Dabei gilt: Je mehr Mitglieder der Grundgesamtheit interviewt werden, desto mehr nähert sich das Befragungsergebnisse dem Resultat in der Bezugsgruppe an. Die Annäherung wird allerdings immer langsamer, je mehr Interviews man schon realisiert hat. Dieses Grenznutzens wegen entscheidet man sich deshalb, Aufwand und Ertrag im Lot zu behalten. In unserem Fall was dies bei 1000 Befragten der Fall. Der so verbleibende statistische Stichprobenfehler beträgt +/- 3.1 Prozent. Das heisst nichts anderes, als dass ein Wert, der mit 50 Prozent angegeben wird, (mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit) zwischen 46,9 und 53,1 Prozentpunkten liegt, wobei die maximalen Abweichungen unwahrscheinlich, minimale wahrscheinlicher sind.

Realisiert wurden die Interviews vom gfs-Befragungsdienst. Dabei kamen 40 instruierte BefragterInnen zum Einsatz, welche die persönlichen Interviews vor Ort realisierten. Die Interviews beinhalteten die in diesem Text vorgestellten Fragestellungen wie auch jene, die wir für den Sorgenbarometer-Spezialteil zum Schweiz-Bild brauchten. Beides wurde miteinander befragt. Die Interviews dauerten rund 30 Minuten.

Die Datenanalyse erfolgte nach den üblichen statistischen Grundsätzen. Die Kommentierung von Abweichungen innerhalb des Stichprobenfehlers ist sehr zurückhaltend. Damit wird der Möglichkeit falscher Schlussfolgerungen Rechnung getragen. Der Zusammenhang zwischen zwei Variablen wird doppelt bestimmt; zunächst mit Signifikanztests, dann mittels Korrelationsanalysen. Ersteres sagt, ob von einem Zusammenhang im statistischen Sinne überhaupt gesprochen werden darf. Zweiteres legt nahe, wie stark ein existierender Zusammenhang ist. Werden gleichzeitige mehrere Einflussfaktoren getestet. Greifen wir auf die Regressionsanalyse zurück. Diese quantifiziert die Einflüsse der einzelnen Faktoren auf ein Ergebnis. Dargestellt haben wir das Resultat dieser Abklärungen grafisch. Es handelt sich um die Folien mit den dreieckig angelegten Pfeilen nach oben. Dabei erscheinen die erklärenden Variablen zwischen den Pfeilen. Je grösser die Schrift ist, desto deutlicher ist der Einfluss.

### **1.4. Die Berichterstellung**

In der Folge berichten wir über die Ergebnisse der Befragung, die wir zunächst einer statistischen Datenanalyse unterzogen haben. Danach haben wir die Hauptergebnisse visuell aufgearbeitet und in der beigelegten Präsentation grafisch verdichtet. Darauf aufbauend entstand der nachfolgende Bericht.

Verfasst wurde der Bericht von Claude Longchamp, Politikwissenschaftler und Institutsleiter gfs.bern. Für die operative Durchführung des Projekts zeichnete Lukas Golder, Po-

litikwissenschaftler am gfs.bern, zuständig. Die Datenanalyse haben Stephan Tschöpe und Monia Aebersold vorgenommen. Die grafische Umsetzung realisierte Silvia Ratelband und das Lektorat machte Bianca Rousselot.

## 2. Die Befunde

### 2.1. Der Wegweiser

Der Teil über die Befunde aus der Befragung zum "Sorgenbarometer" hat drei Kapitel:

- Vorgestellt werden die wichtigen und dringenden Probleme, die aus BürgerInnen-Sicht gelöst werden sollten (2.2.).
- Behandelt wird die Wahrnehmung des wirtschaftlichen Umfeldes, wie die BürgerInnen es bilanzierten, als sie uns die Probleme benannten (2.3).
- Schliesslich wird geklärt, was für Auswirkungen auf das Vertrauen festgestellt werden kann, das die Stimmberechtigten gegenüber den Institutionen haben (2.4).

In jedem Kapitel präsentieren wir zuerst die aktuellen Befragungsergebnisse. Diese werden in der Folge einem Kurz- resp. Langzeitvergleich unterzogen. Der Kurzzeitvergleich bestimmt die Veränderungen im Jahresrhythmus, demgegenüber geht es beim Langzeitvergleich um Trends, die im Mehrjahreszyklus, zum Beispiel im Überblick über 10 Jahre Sorgenbarometer, festgestellt werden können.

### 2.2. Das Problembewusstsein

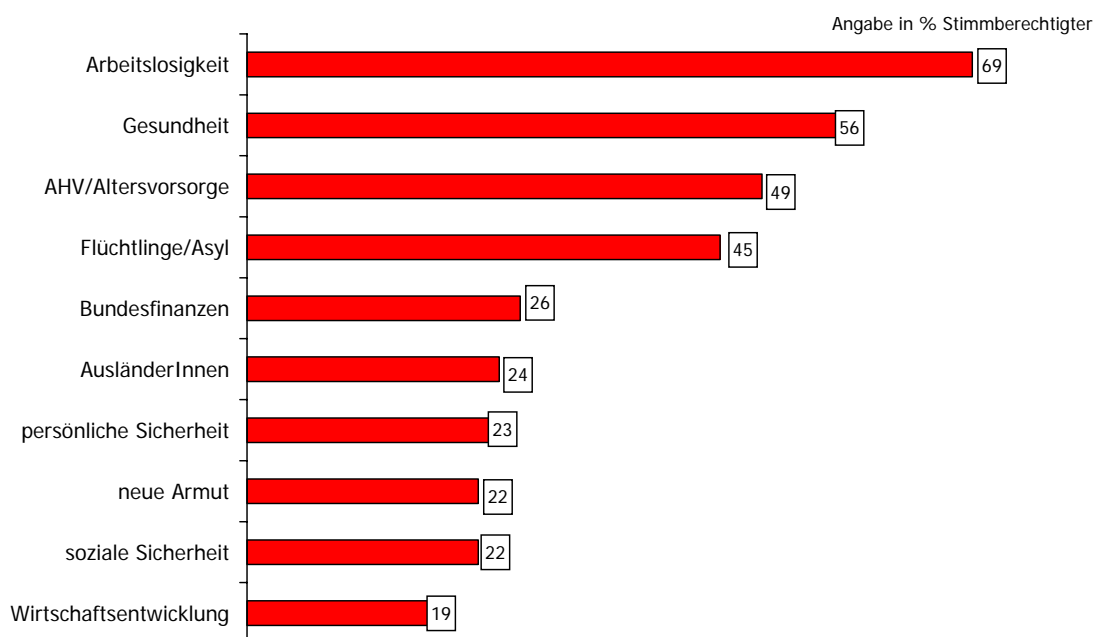
#### 2.2.1. *Die aktuelle Übersicht*

Was sind die wichtigsten Probleme der Schweiz aus Sicht der Stimmberechtigten? Unsere Befragten konnten 5 Probleme benennen, die sie für wichtig halten. Dafür haben wir ihnen eine Liste vorgelegt, welche die 30 wichtigsten Probleme beinhaltet, die das letzte Jahr genannt wurden. In der Folge haben wir die Nennhäufigkeiten mit höchster bis fünftöchster Wichtigkeit addiert.

Grafik 1:

## Problembewusstsein 2004 (1)

"Welches sind heute Ihrer Meinung nach die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz?" (Mehrfachnennungen)



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Oktober 2004 (N = 1000)

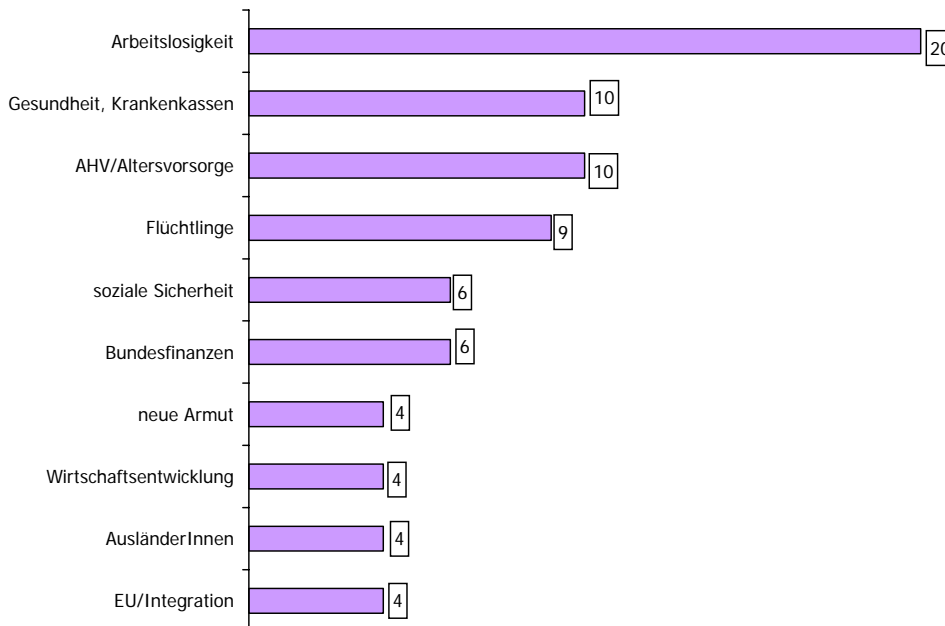
Das wichtigste Problem des Jahres 2004 ist die Arbeitslosigkeit. 69 Prozent unserer befragten StimmbürgerInnen erwähnen es unter den 5 zentralen Sorgen, die sie haben. An zweiter Stelle stehen Probleme mit dem Gesundheitswesen, die von 56 Prozent genannt werden. Anschliessend kommt die Altersvorsorge mit AHV, BVG und allem was dazu gehört. Dies erwähnen 49 Prozent. An vierter Stelle figurieren Probleme mit dem Asylwesen, von 45 Prozent genannt. Alles andere wird deutlich weniger häufig erwähnt. Mit absteigender Reihenfolge sind Bundesfinanzen, AusländerInnen, die persönliche Sicherheit generell, die Armut, die soziale Sicherheit allgemein und die Wirtschaftsentwicklung. Die kennen zwischen 26 und 19 Prozent Nennhäufigkeiten.

Grafik 2:

## Wichtigstes Problem 2004

"Und welches dieser fünf Probleme müsste Ihrer Ansicht nach an erster Stelle gelöst werden?"

Angabe in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Oktober 2004 (N = 1000)

In der Folge haben wir die Befragten gebeten, aus den fünf wichtigsten Problemen jenes zu benennen, dass mit höchster Priorität gelöst werden sollte. Die Reihung ist fast identisch. Es steht wiederum die Arbeitslosigkeit an der Spitze, gefolgt vom Gesundheitswesen, der Altersvorsorge, dem Asylwesen und neu der sozialen Sicherheit generell. Die Hebung der persönlichen Sicherheit rangiert nicht unter den 10 dringendsten Problemen, dafür die Klärung des Verhältnisses der Schweiz zur EU.

Die Bewertungen der BürgerInnen zu ihren aktuellen Sorgen im Jahr 2004 fallen ähnlich aus, egal ob man sich auf die Wichtigkeit oder Dringlichkeit stützt. Es sind dies die Arbeitslosigkeit, das Gesundheitswesen, die Altersvorsorge und das Asylwesen. Sie beschäftigen die Bürgerschaft prioritär. In diesen Bereichen würde man sich von den Politik-Antworten wünschen, wie sie gelöst werden sollen.

Grafik 3:



Da sich beide Indikatoren nur geringfügig unterscheiden, stellen wir in der Folge nur noch auf einen ab, nämlich auf die Wichtigkeit.

### **2.2.2. Der Kurzzeitvergleich**

Im Kurzzeitvergleich an Bedeutung gewonnen haben die Probleme mit der Arbeitslosigkeit. Häufiger erwähnt werden auch Schwierigkeiten mit den öffentlichen Finanzen, den Flüchtlingen, den AusländerInnen und mit Sicherheitsfragen. Beschränkt man sich auf die drei mit der höchsten Nennhäufigkeit sind die Arbeitslosigkeit, das Asylwesen und die Bundesfinanzen die "ups".

Grafik 4:



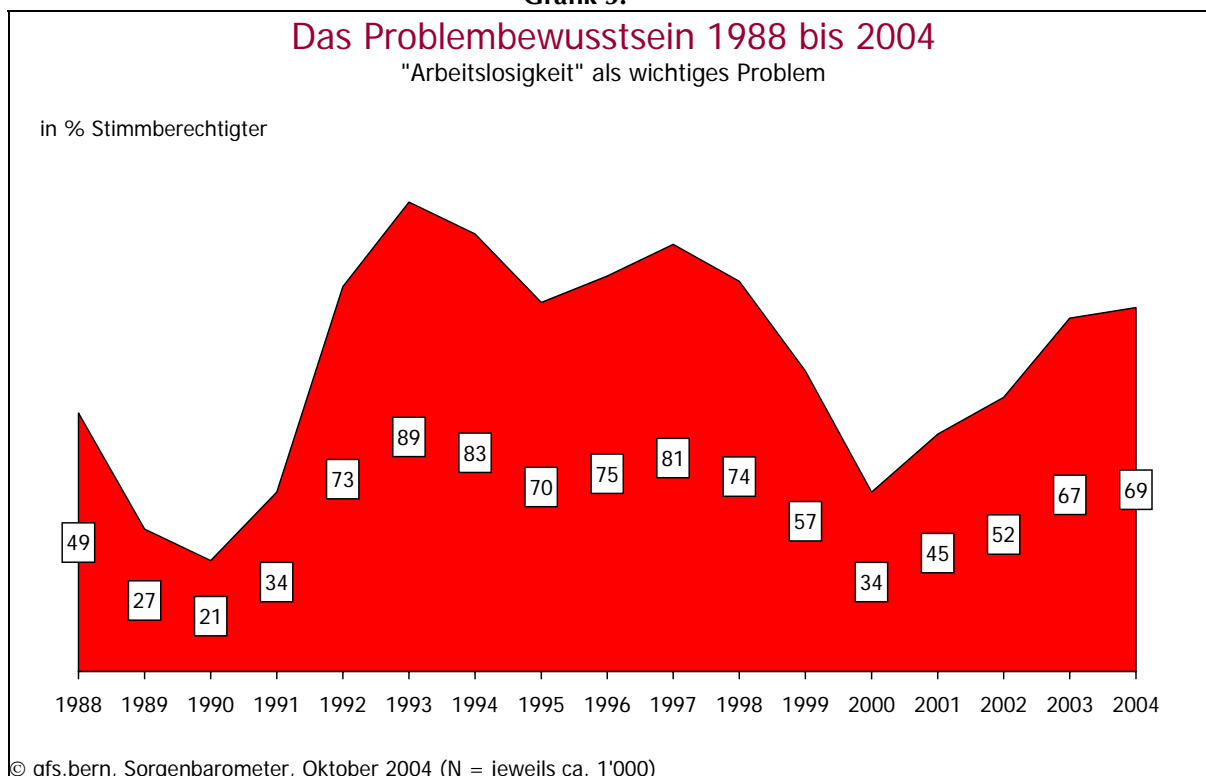
Die relevanten "downs" sind das Gesundheitswesen, die Altersvorsorge und die Armut. Sie kennen zwar weiterhin hohe bis sehr hohe Nennhäufigkeit, doch ist der Trend im Kurzzeitvergleich sinkend. Im letzten Jahr wurden sie durchwegs als dringender eingestuft, als dies 2004 der Fall ist.

### **2.2.3. Der Langzeitvergleich**

Beschränken wir uns in der Folge auf die fünf wichtigsten Probleme aus dem laufenden Jahr, können wir die Dynamik der Problemdeutung im Mehrjahresvergleich wie folgt interpretieren.

Probleme mit der Arbeitslosigkeit werden seit dem Jahr 2000 zunehmend häufiger genannt. Damals erwähnten gerade 34 Prozent der befragten Stimmberechtigten diesen Themenbereich; dieses Jahr sind es wie erwähnt 60 Prozent, was eine Verdoppelung in nur 4 Jahren bedeutet.

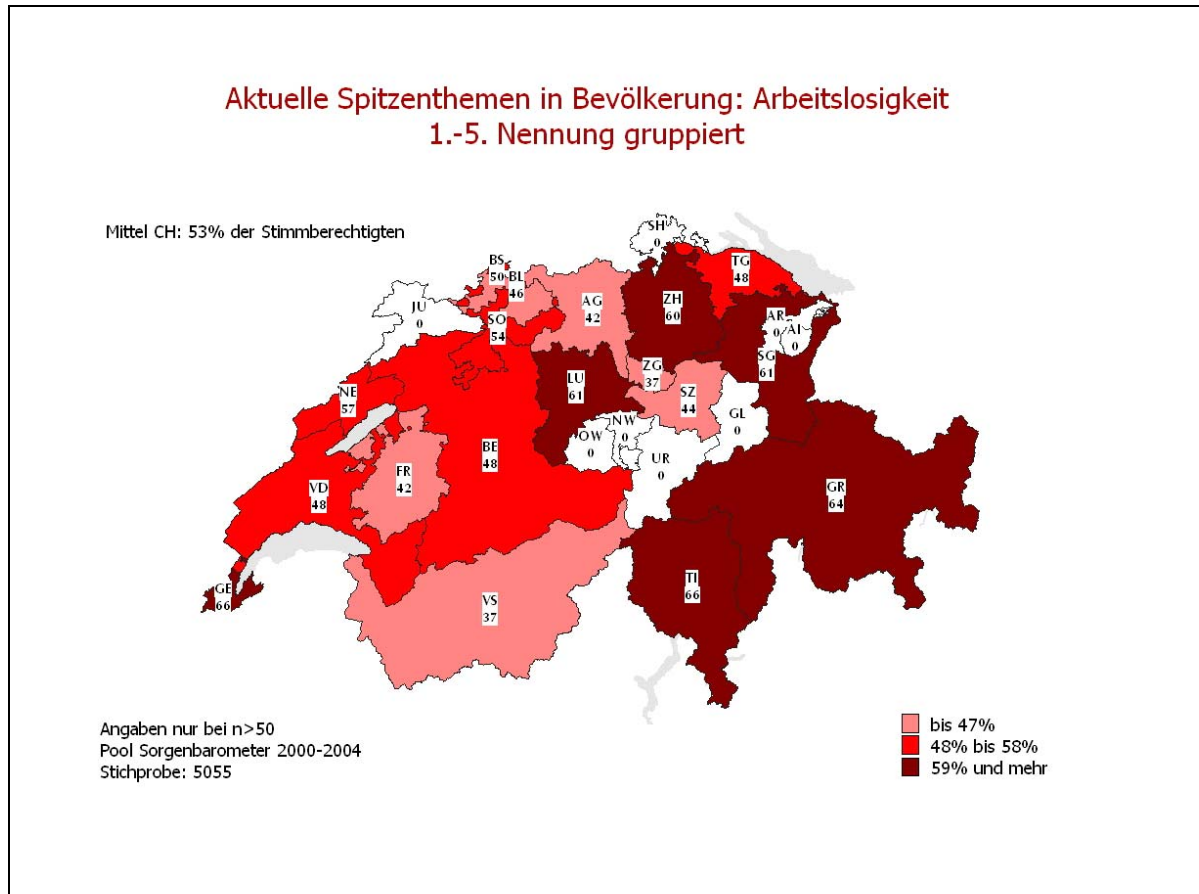
Grafik 5:



Der Langzeitvergleich erhellt, dass damit der Problemzyklus noch nicht abschliessend gekennzeichnet ist. Zwischen 1990 und 1993 erlebten wir eine deutlich dramatischere Problematisierung des Problems Arbeitslosigkeit in der BürgerInnen-Meinung. Diese blieb bis 1997 auf hohem Niveau, sackte danach bis zum besagten Jahr 2000 wieder ab. In dieser Phase kam es zu einer eigentlichen Entproblematisierung.

Die Ursache hierfür ist recht einleuchtend. Es ist die häufig kommunizierte und auch zitierte Arbeitslosenquote. Das Problembewusstsein der BürgerInnen folgt hier im Wesentlichen einer offiziellen Statistik. Je negativer die so erzeugten Aussichten sind, desto eher schnell die Nennhäufigkeit der Arbeitslosigkeit im Sorgenbarometer nach oben, während sich diese rückentwickelt, wenn die Arbeitslosenquote wieder zurückgeht. Der zeitliche Zusammenhang ist dabei recht eng.

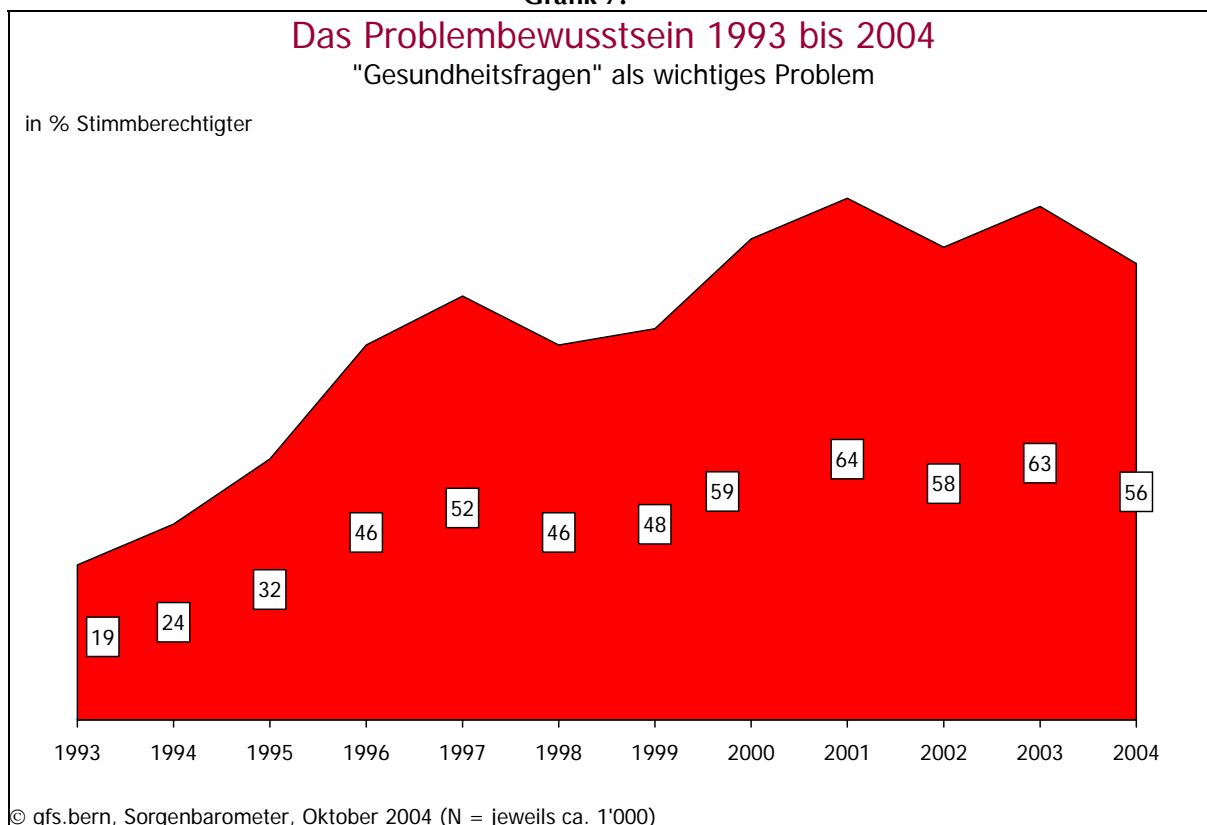
Grafik 6:



Die Erwähnung des Problems ist nicht nur für jene Gruppen typisch, die durch Arbeitslosigkeit direkt oder indirekt betroffen sind. Vielmehr handelt es sich um ein allgemeines soziales Deutungsmuster, das mit der Kommunikation der Arbeitslosenziffern entsteht. Dafür spricht auch die strukturelle Analyse der Nennhäufigkeit nach Kantonen. Gebiete mit der höchsten Arbeitslosenquote wie die Romandie sind nur bedingt jene, in denen das Problem am deutlichsten artikuliert wird. Vielmehr ist die Nennhäufigkeit am ausgeprägtesten, wenn es sich um ländliche Regionen der Zentral- und Ostschweiz handelt, die selber keine besondere Arbeitslosigkeit kennen, eine solche aber bei steigenden Arbeitslosenzahlen befürchten. Typisch hierfür sind die uns gelieferten Antworten in Kantonen wie Graubünden, St. Gallen oder auch Luzern.

Die Dynamik des aktuell zweitwichtigsten Problems ist verschieden. Die längerfristige Problematisierung des Gesundheitswesens in der BürgerInnen-Meinung ist evident.

Grafik 7:

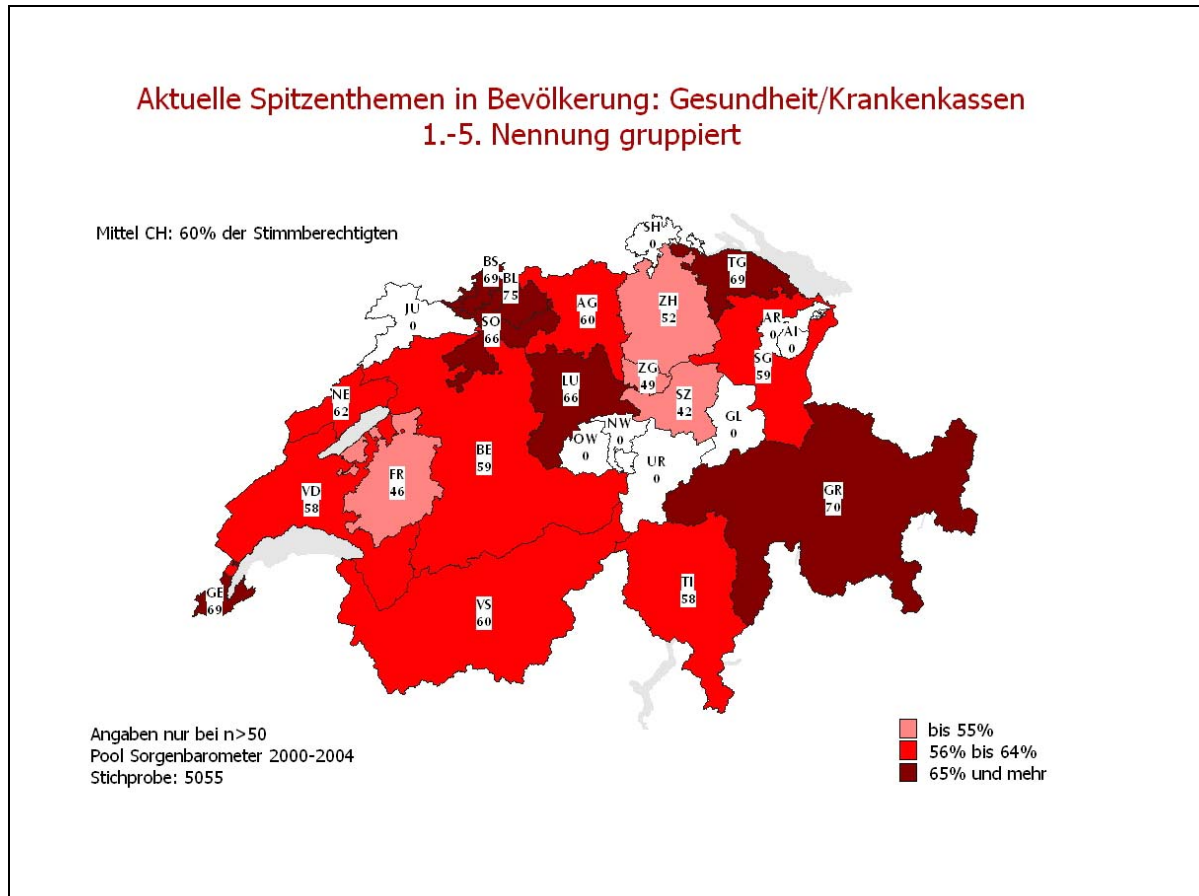


Seit wir dieses Problem im Sorgenbarometer vergleichbar operationalisiert haben, also seit 1993 ist der allgemeine Trend steigend. Die Nennhäufigkeit ging im Kurzzeitvergleich zwar schon drei Mal zurück (1998, 2002 und jetzt auch 2004), doch hielt das nie an. Von einer eigentlichen Entproblematierung dieses Bereichs kann deshalb nicht die Rede sein, - auch aktuell nicht.

Besonders auffällig war der Anstieg zwischen 1995 und 1996, also bei der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes. Das ist denn auch die zentrale Ursache für die Problematisierung. Die Bürgerschaft war auf diesen Politikwechsel nicht vorbereitet. Sie verarbeitet die Folgen der Reform der Krankenversicherung bis heute.

Erfahrungsgemäss ist dabei der Anstieg der Krankenkassenprämien das zentrale Moment. Diese sind zwischenzeitlich so hoch, dass sie für eine Mehrheit der Stimmberechtigten ein Problem darstellen. Das beschränkt sich nicht mehr nur auf bestimmte Gruppen wie die unteren Schichten oder Familien, sondern hat zwischenzeitlich praktisch die ganze Gesellschaft erfasst.

Grafik 8:



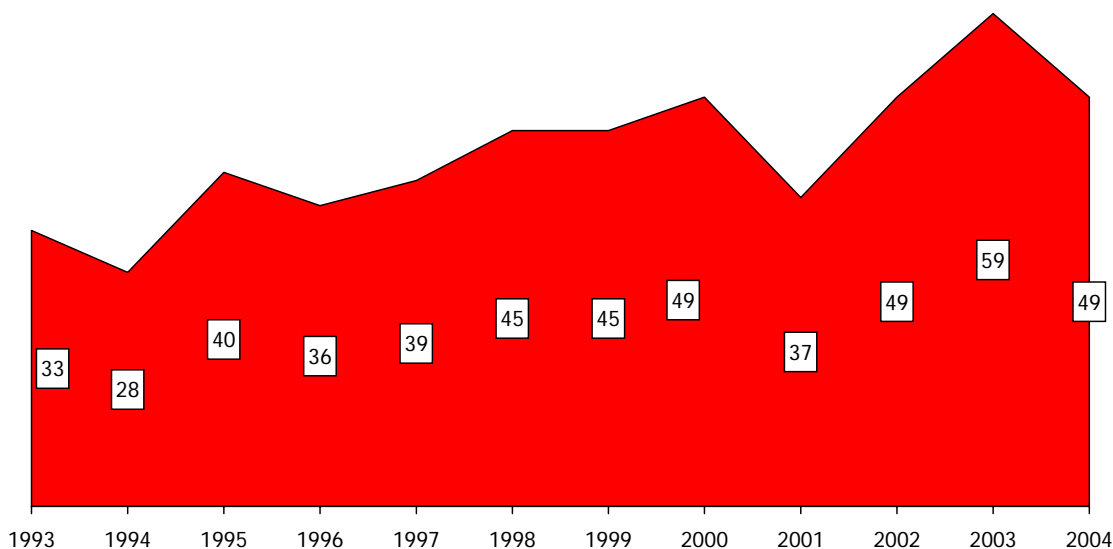
Die regionalen Unterschiede sind denn auch weniger ausgeprägt. Ursprünglich folgten sie genau der Höhe der Krankenkassenprämien. Das hat sich zwischenzeitlich etwas abgeschwächt, kann aber immer noch nachgewiesen werden. Die Problematisierung ist jedoch in den letzten Jahren genereller geworden, und sie findet sich auch dort, wo Krankenkassenprämien im nationalen Vergleich nicht auffällig hoch sind. Das spricht dafür, dass die Problemdeutung des Gesundheitswesens heute generell wird, während sie sich bei der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes an den Prämienhöhungen entzündet hat.

**Grafik 9:**

### Das Problembewusstsein 1993 bis 2004

"AHV / Altersversorgung" als wichtiges Problem

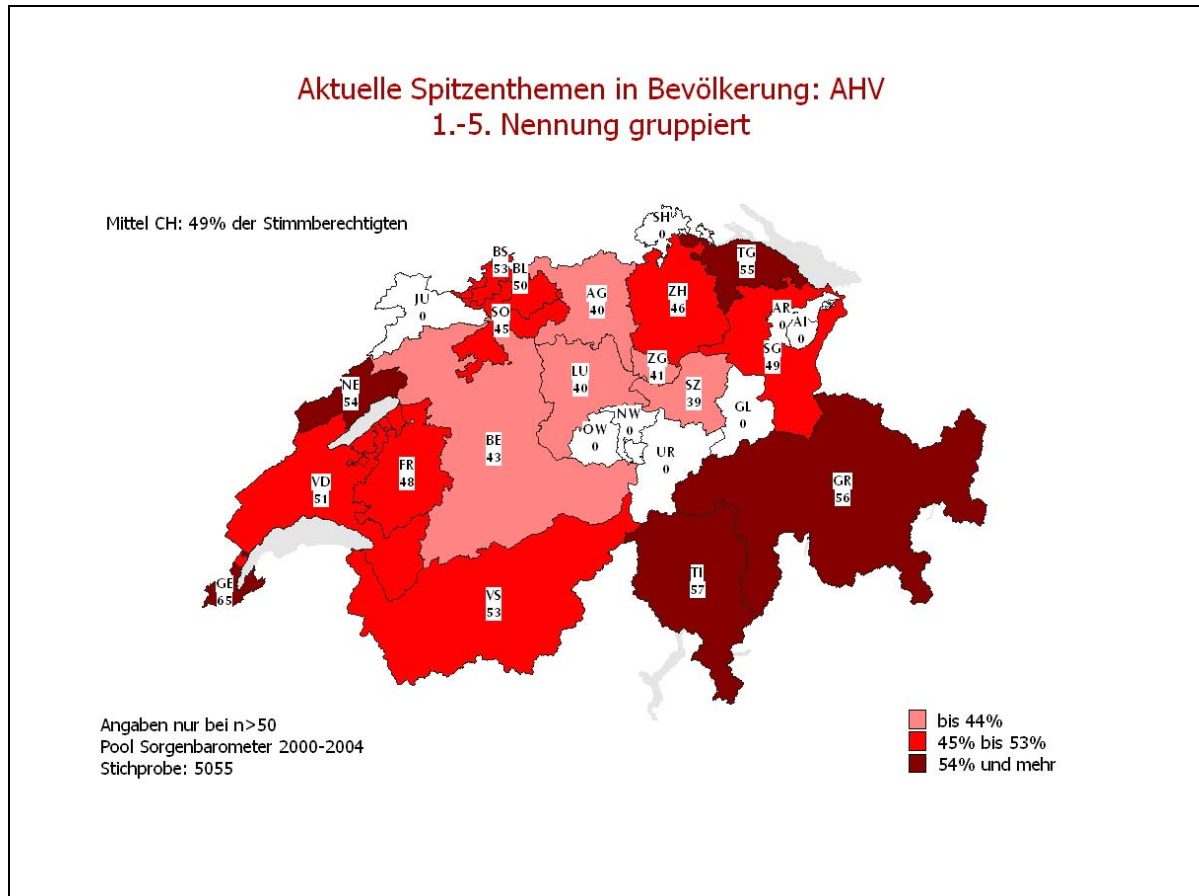
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Oktober 2004 (N = jeweils ca. 1'000)

Das drittwichtigste Problem aus BürgerInnen-Sicht ist die Altersvorsorge. Dabei haben wir alle spezifischen Nennungen zu AH/IV und BVG zusammengefasst. Hier lernen wir erneut eine andere Dynamik kennen. Die Nennhäufigkeit des Themenbereichs veränderte sich im Sorgenbarometer zwischen 1995 und 2001 kaum. 1995 kam es im Umfeld der damaligen AHV-Debatte zu einem ersten Anstieg der Problematisierungsintensität. Diese war dann während 5 bis 6 Jahren weitgehend konstant. Vor allem in den Jahren 2002 und 2003 nahm die Nennhäufigkeit dann wieder sprunghaft zu. Die damalige BVG-Debatte war das Kristallisationsmoment. 2004, nach der Entscheidung über die Rentenreform in der Volksabstimmung vom Mai, entwickelt sich die Nennhäufigkeit wieder zurück, in etwa auf das Niveau des Jahres 2000.

Grafik 10:

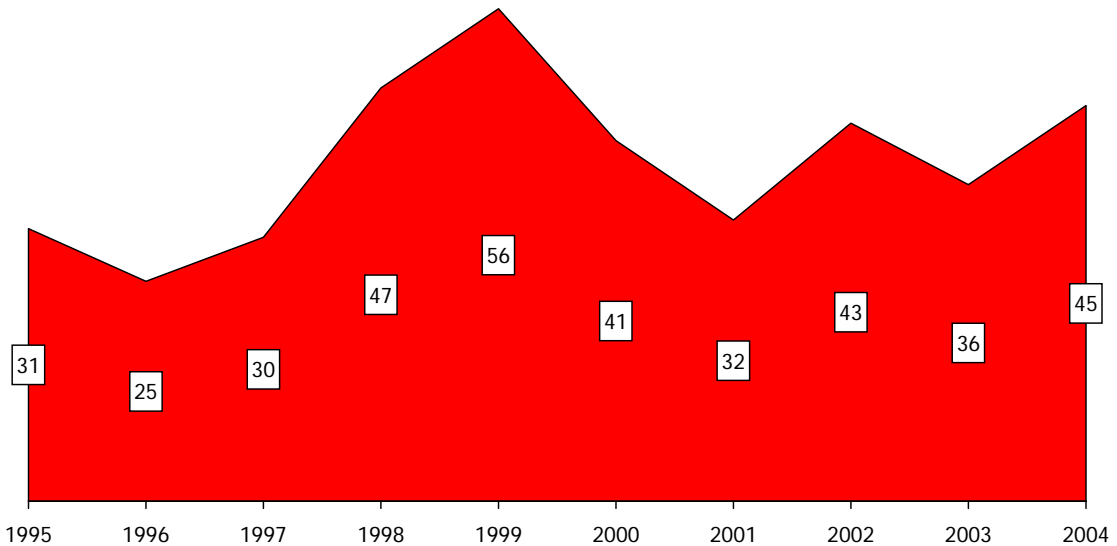


Kantonal gesehen ergeben sich gewisse, wenn auch nicht akzentuierte Unterschiede. Am meisten mit Fragen der Altersvorsorge beschäftigt sind die GenferInnen und TessinerInnen. Sie kennen die höchsten Werte für die Nennhäufigkeit. Am geringsten ist diese in der Zentralschweiz.

Grafik 11:

Das Problembewusstsein 1995 bis 2004  
"Flüchtlinge/Asyl" als wichtiges Problem

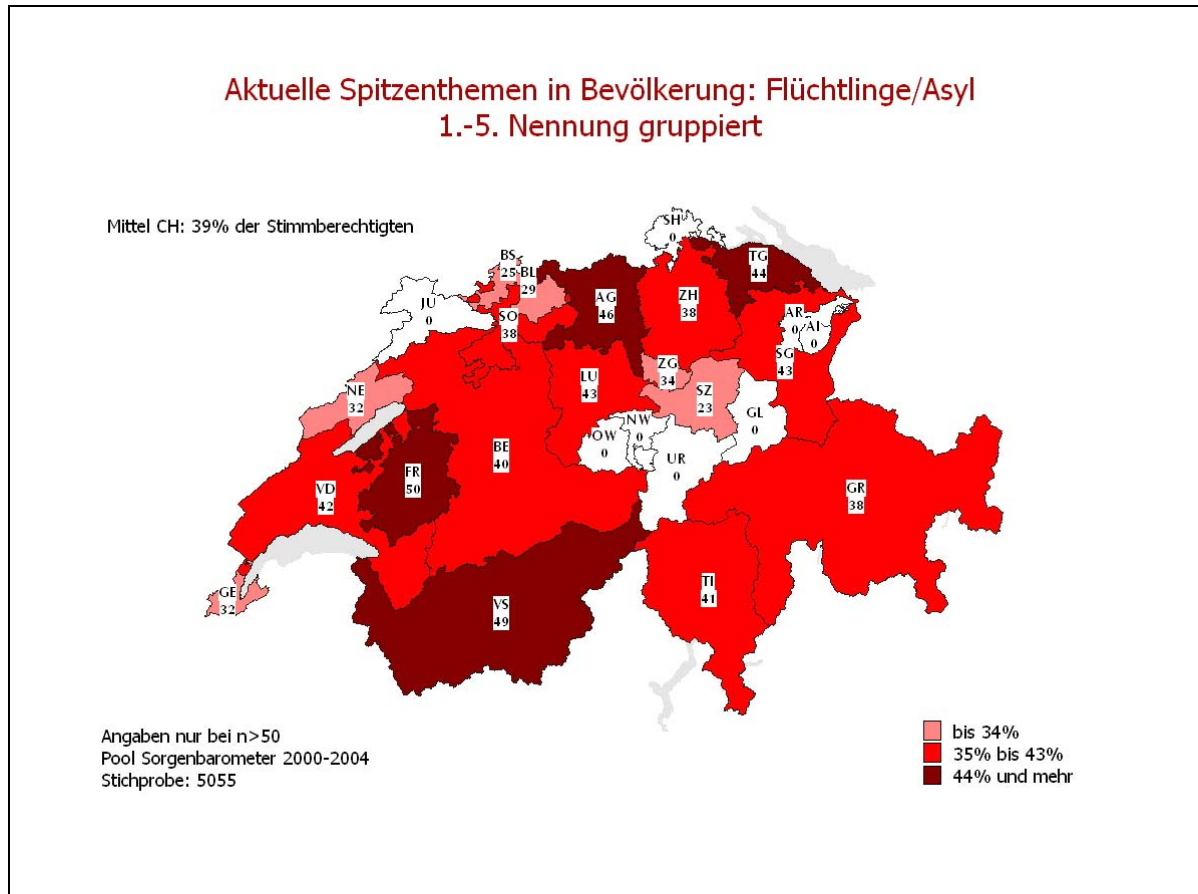
in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Oktober 2004 (N = jeweils ca. 1'000)

Der vierte Bereich, der 2004 im Problembereich der Bürgerschaft heraus sticht, ist das Asylwesen. Hier gibt es einen primär evidenten Zusammenhang mit der Entwicklung der Flüchtlingszahlen. Dabei erweisen sich nicht einmal die bewilligten Gesuche als entscheidend. Vielmehr sind die gestellten Gesuche massgeblich. Nehmen diese zu, wächst die Nennhäufigkeit im Sorgenbarometer mit signifikanter Wahrscheinlichkeit. Aktuell scheint es auch hier, wie im Gesundheitswesen, zusätzlich zu einer gewissen wenigstens periodischen Problematisierung kurzfristiger Natur kommen. Dies konnten wir bereits im Jahr 2002 im Umfeld der Volksabstimmung über die SVP-Asylinitiative feststellen, und es trifft auch auf das Jahr 2004 zu. Die eher kurzfristigen Einflüsse, die sich aus der Abstimmung über die Einbürgerungsvorlagen ergaben, sind hier als Ursache zu vermuten.

Grafik 12:



Regional gesehen ist die Nennhäufigkeit besonders da ausgeprägt, wo auch repressive Asylpolitiken verstärkt befürwortet werden. Erwähnt seien hier der Aargau und der deutschsprachigen Schweiz, aber auch das Wallis und Fribourg in der Romandie. Dem stehen Kantone wie die beiden Basel gegenüber, die eine liberale Asylpraxis eher befürworten und eine weit unterdurchschnittliche Problematisierungsintensität der Asylpolitik kennen.

#### 2.2.4. *Generelle Zyklen im Problemhaushalt*

Nachdem wir verschiedenen Dynamiken und Ursachen im Problemhaushalt der Bürgerschaft feststellen konnten, fragen wir, ob es typischen Zyklen im Auf- und Abstieg von BürgerInnen-Sorgen gibt. In der Tat zeigen unsere Abklärungen, dass es mindestens 4 typische Bewegungen über die Zeit gibt, sowie eine weitere Sammelkategorie für schwer klassierbare Fälle. Die Typen nennen wir

- der Blitzschlag
- die Welle
- die Problematisierung
- die Deproblematisierung und
- das Schwanken.

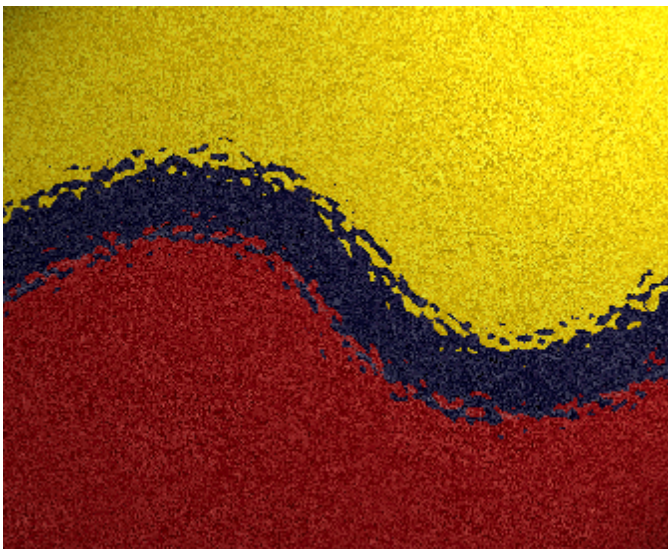
Sie seien in der Folge mit einem kennzeichnenden Beispiel kurz vorgestellt.



Das eigentliche Beispiel für den Blitzschlag ins Problembewusstsein der BürgerInnen war der 11. September 2001 und die damit bekannte geworden Gefährdung durch den fundamentalistischen Terrorismus. Im Sorgenbarometer hielten wir einen beträchtlichen Ausschlag in der Nennhäufigkeit fest. Diese betrug immerhin +26 Prozentpunkte. Sie hielt allerdings nicht an. Zwar verringerte sich der Anteil nicht im gleichen Masse, doch sackten die Werte auf 6 bis 11 Prozentpunkte ab. Man kann bildhaft noch vom

nachhallenden Donner auf den Blitzschlag sprechen.

Weitere solcher Beispiel finden sich im Sorgenbarometer verschiedene. Erwähnt seien die Energiefrage im Jahre 2000, die Globalisierung im Jahr 2001 und im gleichen Jahr die Lohnfrage. Die Energieproblematik wurde durch die Volksabstimmung im Herbst 2000 über die ökologische Steuerreform ausgelöst, während die Anti-Globalisierungsdemonstrationen des Jahres 2001 die Nennung der entsprechenden Thematik im Sorgenbarometer beeinflussten. Die Lohnfrage 2001 wurde durch die Debatten über Managergehälter verursacht.



Die Welle entspricht bildhaft der Lola im Sportstadion. Es gibt einen An- und einen Abstieg, die sich fort pflanzen. Ein typischer Zyklus hierfür im Sorgenbarometer ist das Kommen und Gehen der Kriegsproblematik. Ausgelöst wurde sie durch 1998 durch den Krieg im Balkan. Der Effekt war im Gegensatz zum Blitzschlag nicht auf eine Jahr beschränkt. Er fand sich vor allem in den Jahren 1999 bis 2002. Typisch für diesen Zyklus ist auch, dass die Ausschläge geringer bleiben als beim Blitzschlag.

Weitere Beispiele hierfür sind die bereits oben erwähnte Asylfrage (1997-2001), die Armeefrage (1999-2003), die Landwirtschaftsfrage (2000-2004) und die Problematisierung des Zusammenlebens in der Schweiz (2000-2003).



Als dritten Typ erwähnen wir die längerfristige Entproblematisierung. Das beste Beispiel hierfür ist die Entwicklung der Nennhäufigkeit des Umweltschutzes im Sorgenbarometer. Diese hat sich fast nie erhöht, und sie bewegt sich seit Ende der 80er Jahre nach unten. 1988 erwähnten noch 74 Prozent die Umweltthematik als wichtiges Problem; aktuell sind es gerade noch 11 Prozent. Der wesentliche Rückgang fand dabei Mitte der 90er Jahre statt, als die Umweltproblematik als eigentliches Leitthema im Problemhaushalt durch die wirtschafts- und sozialpolitischen Fragestellungen abgelöst worden ist.

Wir können auf weitere solcher Dethematisierungen über längere Zeiträume hinweg verweisen. Genannt seien die Drogenfragen (1994-2001), die EU-Integration (2000-2003) und die Geschlechterproblematik (2000-2004). Die Drogenfrage wurde durch einen politischen Kompromiss, dem dritten Weg zwischen repressiver und liberaler Politik, zuerst im medialen, dann aber auch im BürgerInnen-Bewusstsein entproblematisiert. Bei der Deproblematierung der Europa-Frage war das eindeutige Ergebnis der Volksabstimmung über die Bilaterale entscheidend. Ein eindeutiges Moment gibt es bei der Geschlechterfrage nach, am ehesten noch die Volksabstimmung über die Quoteninitiative, die im Jahre 2000 eine exemplarisch tiefe Zustimmungsquote erreichte.



Die längerfristige Problematisierung stellt den vierten Typ dar, den wir hier speziell hervorheben. Hierfür die die Zunahme der Problematisierungsintensität über mehrere Jahre kennzeichnen. Das klassische Beispiel hierfür ist die Problematisierung des Gesundheitswesens, die wir schon oben beschrieben haben.

An weiteren Beispielen erwähnen wir die Altersvorsorge von 1994 bis 2000, eventuell sogar in einem Stück bis 2003. Genannt seien aber auch die Arbeitslosenfrage (2000-2004), gleichzeitig die persönliche Sicherheit resp. die soziale Sicherheit, sowie die Wirtschaftslage in den Jahren 1999-2003.



Ob der fünfte Typ wirklich ein "Typ ist, bleibt unklar. Es handelt sich nämlich um Schwankungen im Problemhaushalt der BürgerInnen, die weder ausgeprägt sind wie beim Blitzschlag, noch von mittelfristiger Dauer sind wie bei der Lola. Sie folgen ganz sicher nicht der Typik, die wir für die Pro- und Deproblematisierung erarbeitet haben. Als Bild kann das "Gigampfi" dienen, die Kinderschaukel, die mal hoch, mal runter geht, je nachdem weg gerade angibt. Beispiele für solche Zyklen sind im Problemhaushalte der

BürgerInnen der Rassismus, die Staatsreform, die Sozialpartnerschaft oder Verkehrfragen, die kleinere oder grössere punktuelle Ausschläge kennen, ohne dass sich daraus in den nachfolgenden Jahren Trends ergeben.

### **2.3. Das wirtschaftliche Umfeld**

Der zweite Teil unseres Berichtes geht der Frage nach, wie das Umfeld, das zur aktuellen Problemdeutung geführt hat, wahrgenommen wird. Erweitert wird diese Fragestellung noch durch die kurz- und längerfristigen Zusammenhänge, die zwischen der Umfeld- und Problemwahrnehmung bestehen.

#### **2.3.1. Die eigene wirtschaftliche Situation**

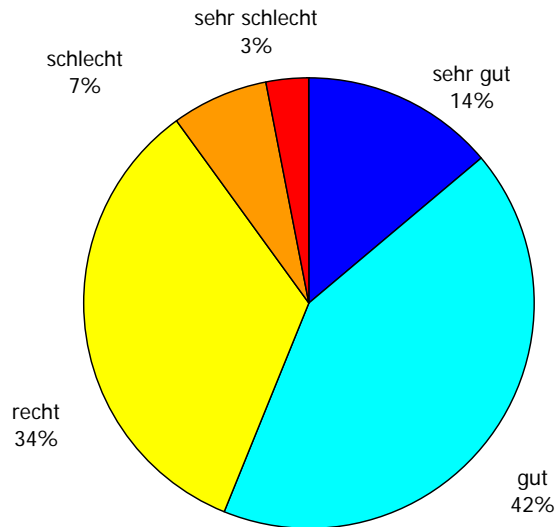
Die eigene wirtschaftliche Situation wird mehrheitlich als gut beurteilt. 14 Prozent sagen von sich, dass es ihnen ökonomisch sehr gut geht. Weitere 42 Prozent fassen ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut zusammen. Gemeinsam ergibt dies einen Anteil von 56 Prozent.

**Grafik 13:**

### Eigene wirtschaftliche Situation momentan

"Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Oktober 2004 (N = 1000)

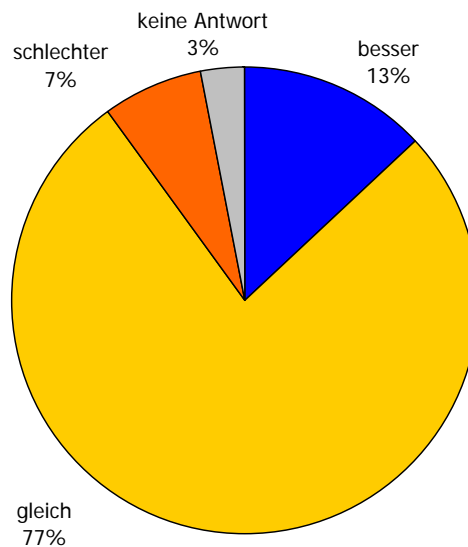
Die Minderheit kommt zu einem etwas durchzogeneren Schluss. Für 34 Prozent ist die eigene Wirtschaftssituation passabel; sie resümieren sie als "recht". 7 Prozent sagen von sich aus, dass es ihnen "schlecht" gehe, und für 3 Prozent ist die Situation in der sie ökonomisch leben "sehr schlecht". Auf ein in der Umfrageforschung, sehr seltenes Faktum sei hier noch verwiesen. Alle Befragten haben diese Interviewvorgabe beantwortet; Angaben zu den eigenen finanziellen und arbeitsmässigen Verhältnissen, sind, wenn sie einigermaßen allgemein gehalten werden, durchaus befragbar.

**Grafik 14:**

### Einschätzung kommende eigene wirtschaftliche Lage

"Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, würden Sie dann sagen, dass es Ihnen wirtschaftlich gesehen ..... als jetzt gehen wird?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Oktober 2004 (N = 1000)

In den nächsten 12 Monaten erwarten unsere Befragten keine dramatischen Veränderungen. Sie gehen zu 77 Prozent davon aus, dass es ihnen grosso modo gleich gut gehen werde. 7 Prozent rechnen mit einer individuellen Verschlechterung, während 13 Prozent von einer Verbesserung der eigenen Situation ausgehen.

Fasst man das zusammen, kann man die Beurteilung der eigenen Wirtschaftslage als mehrheitlich positiv und stabil oder ganz vorsichtig optimistisch beurteilen.

#### 2.3.2. Die allgemeine Wirtschaftslage

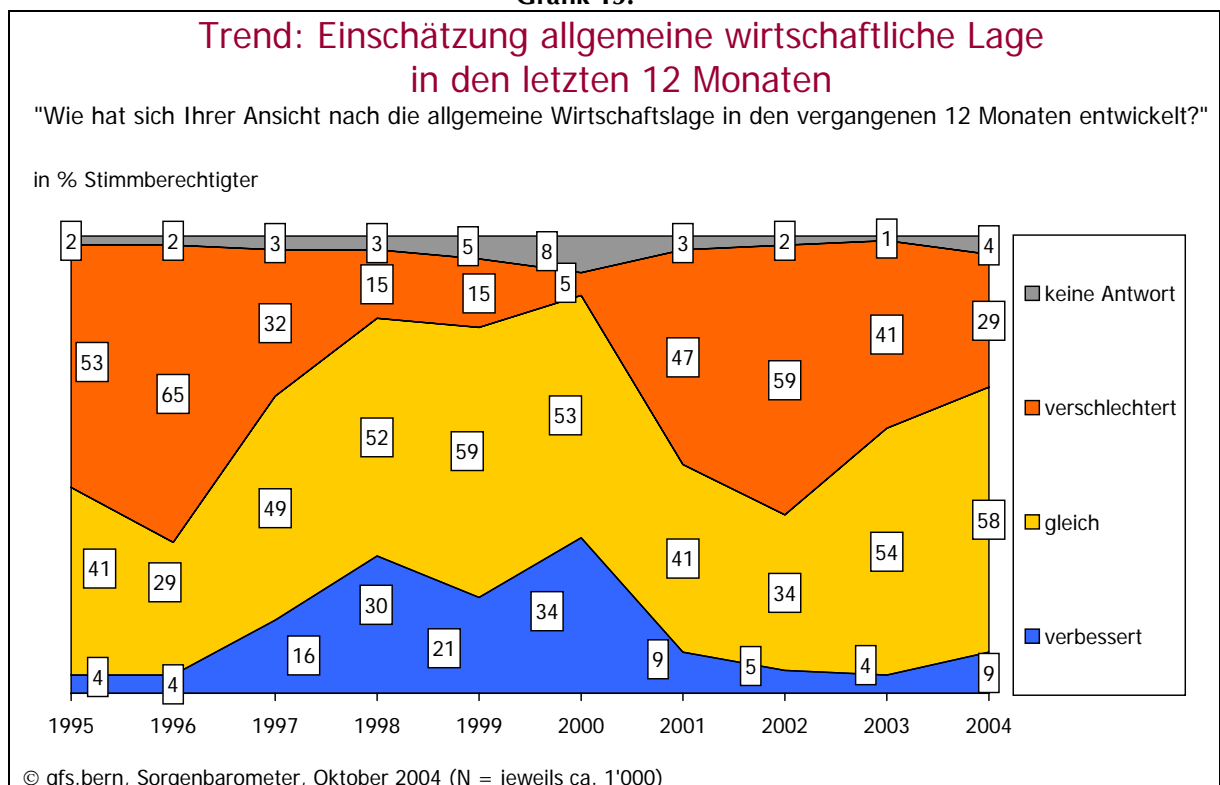
Diese Zwischenbilanz kontrastiert mit der Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage. Diese wird deutlich pessimistischer beurteilt.

Für 58 Prozent hat sich im Kurzzeitvergleich nichts Wesentliches an der allgemeinen Wirtschaftslage verändert. Stellen die Befragten einen Wandel fest, sieht die Bilanz allerdings negativ aus. 29 Prozent halten fest, dass sich die allgemeine Wirtschaftslage in den letzten 12 Monaten in ihrer Beurteilung verschlechtert habe. Für gerade 9 Prozent hat sich diese innert Jahresfrist verbessert. Das Zukunftsbild sieht etwas weniger düster, in der Tendenz aber immer noch leicht pessimistisch aus. Wiederum ist es eine Mehrheit, die damit rechnet, dass sich die allgemeine Wirtschaftslage in etwa halten wird. 17 Prozent hoffen, dass es zu einem Aufschwung kommt, während es hier 23 Prozent sind, die einen Abschwung befürchten. Es überwiegt also auch im Zukunftsbild der Wirtschaft das leicht pessimistische Zukunftsbild.

### 2.3.3. Der Langfristvergleich

Die momentanen Bewertungen erscheinen aussagekräftiger, stellt man sie in einen grösseren zeitlichen Zusammenhang. Die allgemeine Wirtschaftslage erweist sich dabei als stark stimmungsabhängig; dies steht ganz im Gegensatz zur Bewertung der eigenen Wirtschaftslage, die in den Einschätzungen eine hohe Konstanz zeigt. Ursache hierfür ist das eigene Erleben, vielleicht auch die Scheu, Veränderungen Preis zu geben. Demgegenüber folgt die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage in hohem Masse dem medialen Diskurs, der seinerseits durch die regelmässige Berichterstattung über die zentralen Wirtschaftsindikatoren beeinflusst wird.

Grafik 15:



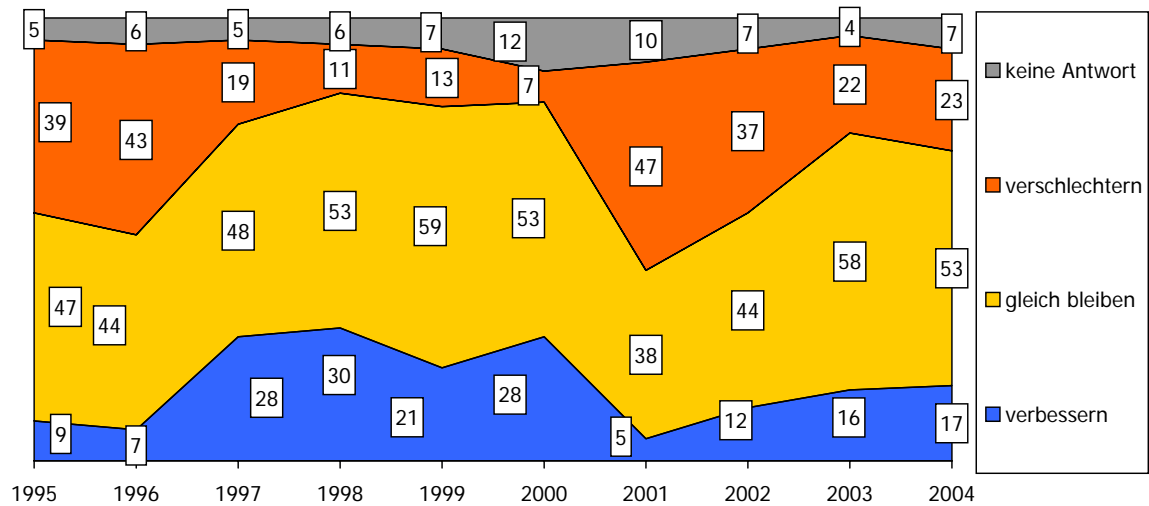
Der Pessimismus verringert sich demnach seit 2002 recht konstant, ohne dass die Stimmung bereits in einen Optimismus gekippt wäre. Nach wie vor ist man eher skeptisch, dass sich die Wirtschaft grundlegend erholen wird. Dies war insbesondere in den Jahren 1998 bis 2000 ganz anders. Es dominierte eindeutig der Optimismus. Die jeweils jüngste Wirtschaftsentwicklung wurde neutral oder positiv zusammengefasst. Der Wendepunkt war zwischen 2000 und 2001; 2002 ermittelten wir den eigentlichen Tiefpunkt.

**Grafik 16:**

**Trend: Einschätzung allgemeine wirtschaftliche Lage  
in den kommenden 12 Monaten**

"Wie wird sich Ihrer Ansicht nach die allgemeine Wirtschaftslage in den kommenden 12 Monaten entwickeln?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Oktober 2004 (N = jeweils ca. 1'000)

Die Retrospektive bestimmt denn auch in hohem Masse die Prospektive. Die Beurteilungen zu den Aussichten für die kommenden 12 Monate folgen im Wesentlichen dem gleichen Schema, wie es eben entwickelt worden ist. Die positivste Zukunftsbeurteilung gab es 1998, die negativste im Jahre 2001. 2004 ist insofern etwas speziell, als die Zukunftserwartungen wieder etwas schlechter sind als noch ein Jahr zuvor.

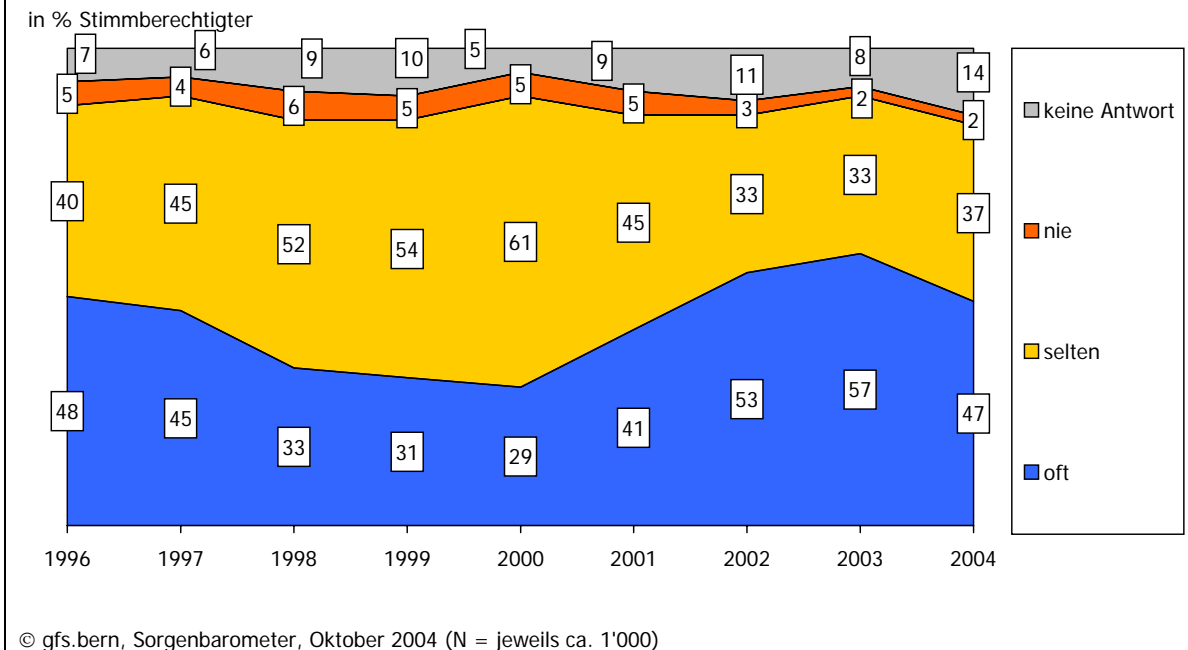
**2.3.4. Das Wirtschaftsversagen**

Die eher skeptische Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Performance führt dazu, dass ein recht breiter Eindruck besteht, die Wirtschaft versage in generellen Dingen. Aktuell haben 49 Prozent "oft" diesen Eindruck. 37 Prozent bilanzieren die Wirtschaftsleitung selten negativ, und nur 2 Prozent können damit nichts anfangen. Die anderen fühlen sich in dieser Hinsicht überfordert.

Grafik 17:

### Trend: Wirtschaftsversagen

"Und wie oft haben Sie das Gefühl, die Wirtschaft versage in entscheidenden Dingen?  
Ist dies ..... der Fall?"



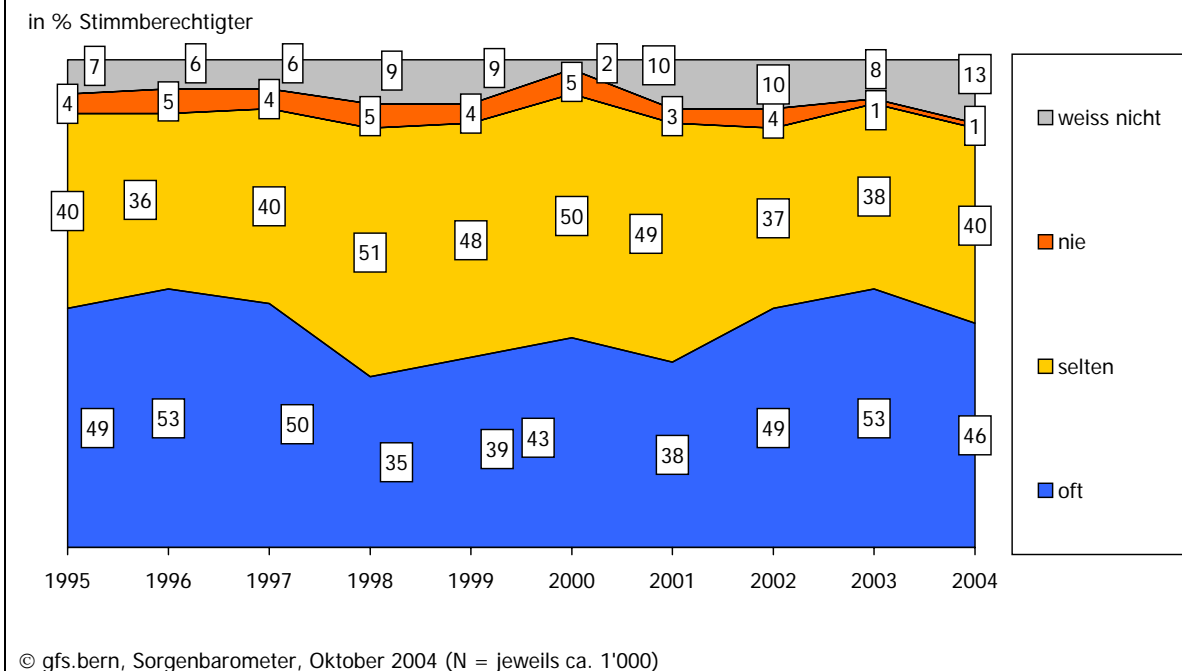
Der Zyklus im Zeitvergleich ist auch hier recht ähnlich. Klar geringere Werte für das Wirtschaftsversagen fanden wir in den Jahren 1998 bis 2000. Danach nahm die kritische Beurteilung für das Jahr 2003 zu. Im aktuellen Jahr entwickelt sich der Wert für die negative Bilanz erstmals wieder leicht zurück.

Ähnlich, wenn auch eine Spur weniger kritisch, ist die Beurteilung des Politikversagens. Momentan teilen 46 Prozent diesen Eindruck oft; für 40 Prozent trifft er gelegentlich zu, und für 1 Prozent ist er deplaziert.

Grafik 18:

### Trend: Politikversagen

"Und wie oft haben Sie das Gefühl, die Politik versage in entscheidenden Dingen?"



Von einem eigentlichen Zyklus kann man hier nicht sprechen. Zwar ergeben sich die gleichen Tendenzen wie beim Wirtschaftsversagen, doch sind sie deutlich weniger ausgeprägt. Daraus kann man auch schliessen, dass nicht nur die Trends in den Wirtschaftsindikatoren, sondern auch genuin politische Berteilungen zur Bilanz des Politikversagens beitragen.

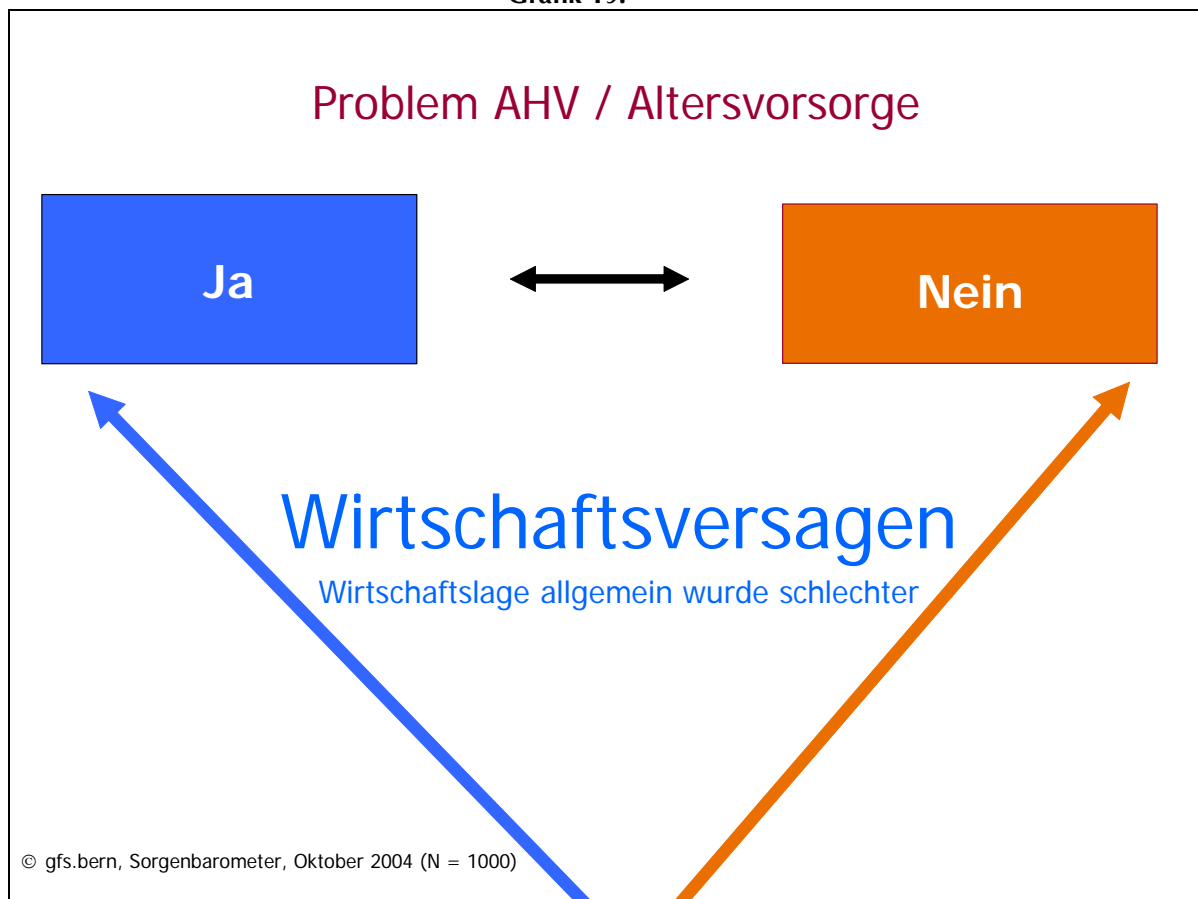
#### 2.3.5. Zusammenhänge mit der Problemwahrnehmung

Die oben referierten Problemdeutungen sind teilweise bedingt durch die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage. Ein klarer, eindeutiger und konstanter Zusammenhang ist nicht feststellbar. Gegeben ist der Einfluss auf die Bewertung der Arbeitslosigkeit als Problem, verbunden mit den verwandten Einschätzungen, etwa zur Wirtschaftsentwicklung als Problem oder zur Priorität, die Sicherheitsvorstellungen haben.

In Einzelfällen lassen sich jedoch klar sichtbare direkte Auswirkungen auf einzelne Problemdeutungen nicht nur makro-gesellschaftlich postulieren. Sie können auch auf individueller Ebene nachgewiesen werden.

So sind die Klagen über eine mangelnde Sicherung der Renten typisch für Personen, die ein eigentliches Versagen der Wirtschaft bilanzieren. Je deutlicher dies gemacht wird, desto eher hat man auch Bedenken, dass die Altersvorsorge sich auf dem richtigen Weg befindet. Parallel dazu hängt das Problembewusstsein zur Rentensicherheit auch von der Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage direkt ab. Wenn sie negativ bilanziert wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass man auch die Renten für unsicher hält resp. als politisches Problem beurteilt.

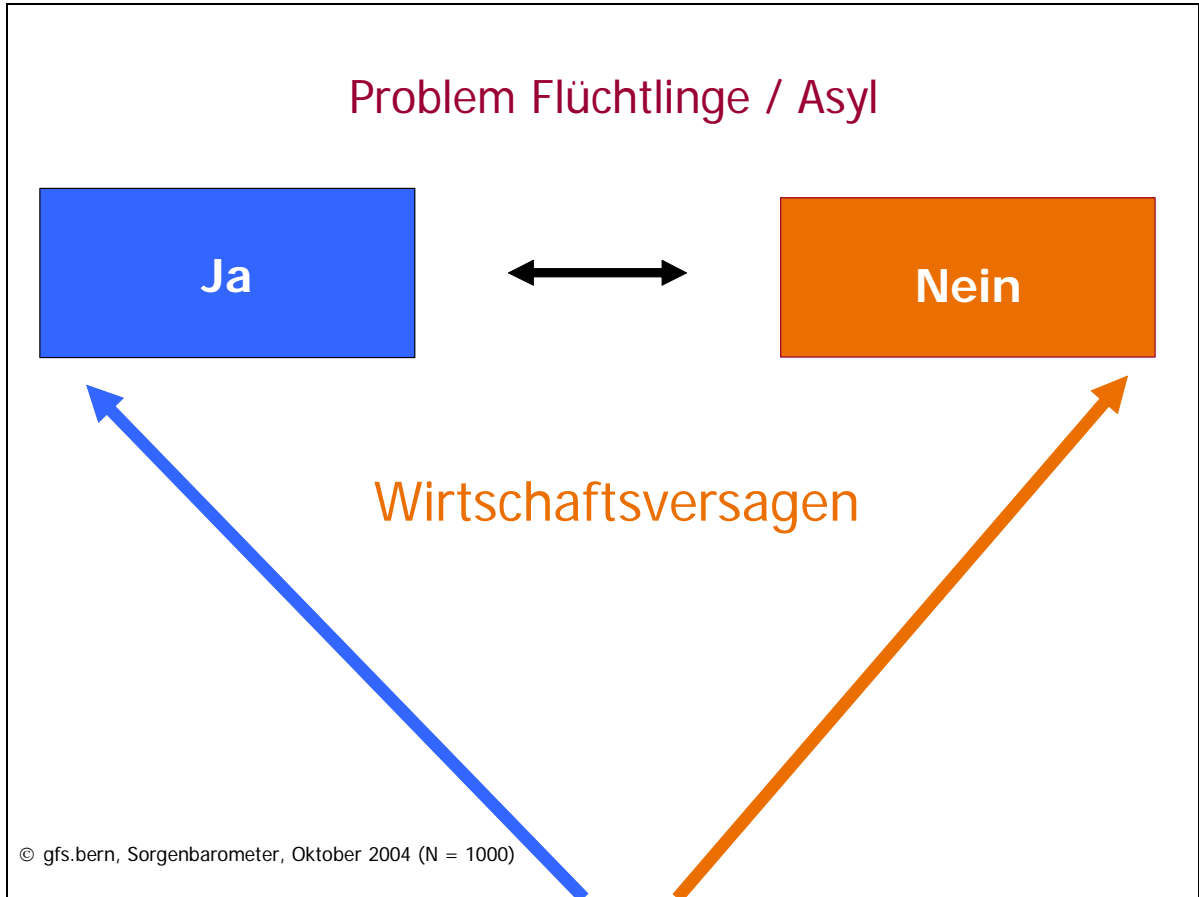
Grafik 19:



Weniger deutlich, aber gleich gerichtet wirkt sich die Bewertung der Wirtschaftslage auch auf die Beurteilung der öffentlichen Finanzen aus. Je negativer die allgemeine ökonomische Situation gesehen wird, desto wahrscheinlicher ist es, dass auch die öffentlichen Finanzen im Problemhaushalt der entsprechenden Personen auftauchen.

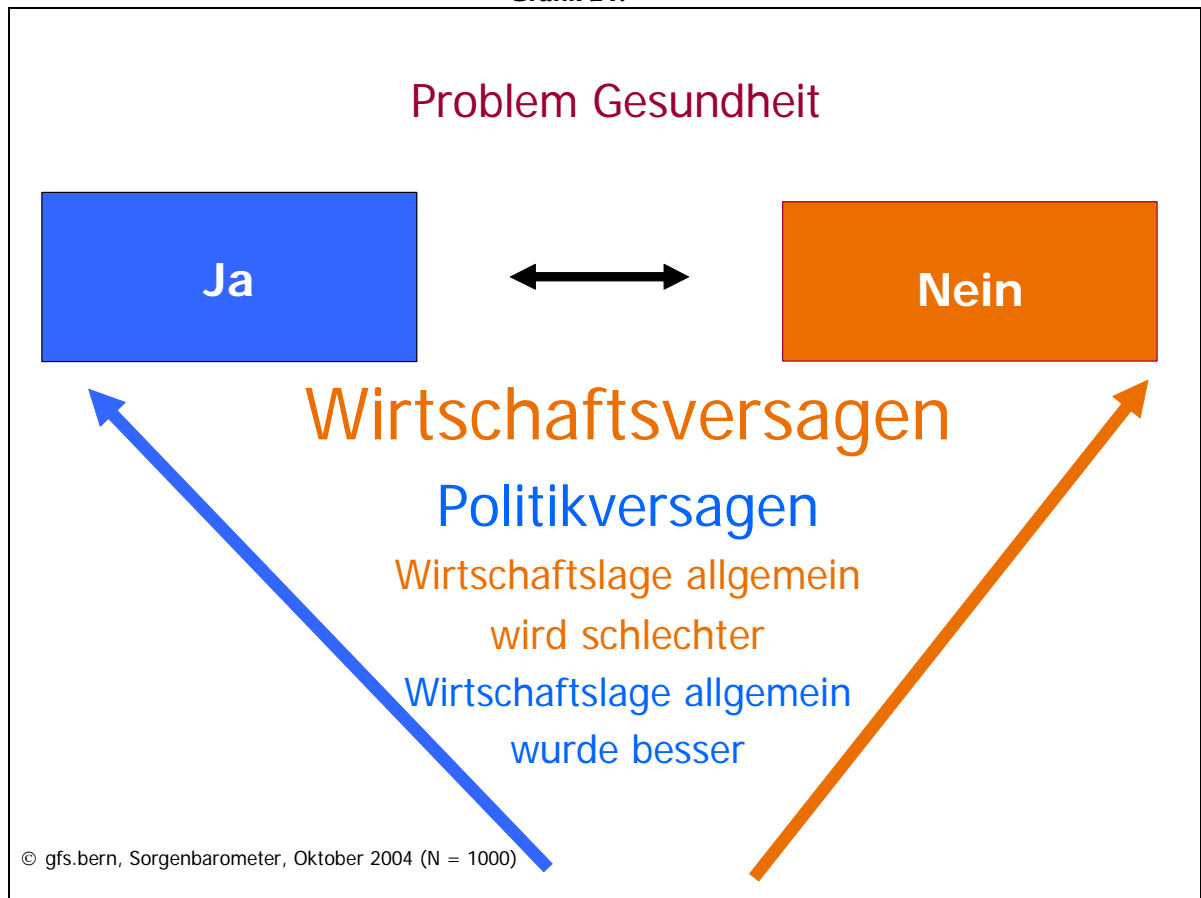
Gar nicht mit dieser Bilanz zum Umfeld in Verbindung steht die Problematisierung des Flüchtlingswesens. Hier gilt vielmehr, dass es namentlich bei Personen mit einer mittleren oder positiven Wirtschaftsbilanz beklagt wird. Hier sind andere denn ökonomische Indikatoren relevant. Hier geht es vor allem um die gestellten Asylgesuche, verbunden mit einem allgemeinen Gefühl, dass in diesem Politikbereich etwas schief laufe.

Grafik 20:



Auch Gesundheitsfragen werden, individuell analysiert, nicht unbedingt dann als Probleme erwähnt, wenn man von einem Versagen der Wirtschaft spricht. Sie sind heute vielmehr Ausdruck des Gefühls, dass die Politik versage oder versagt habe.

Grafik 21:

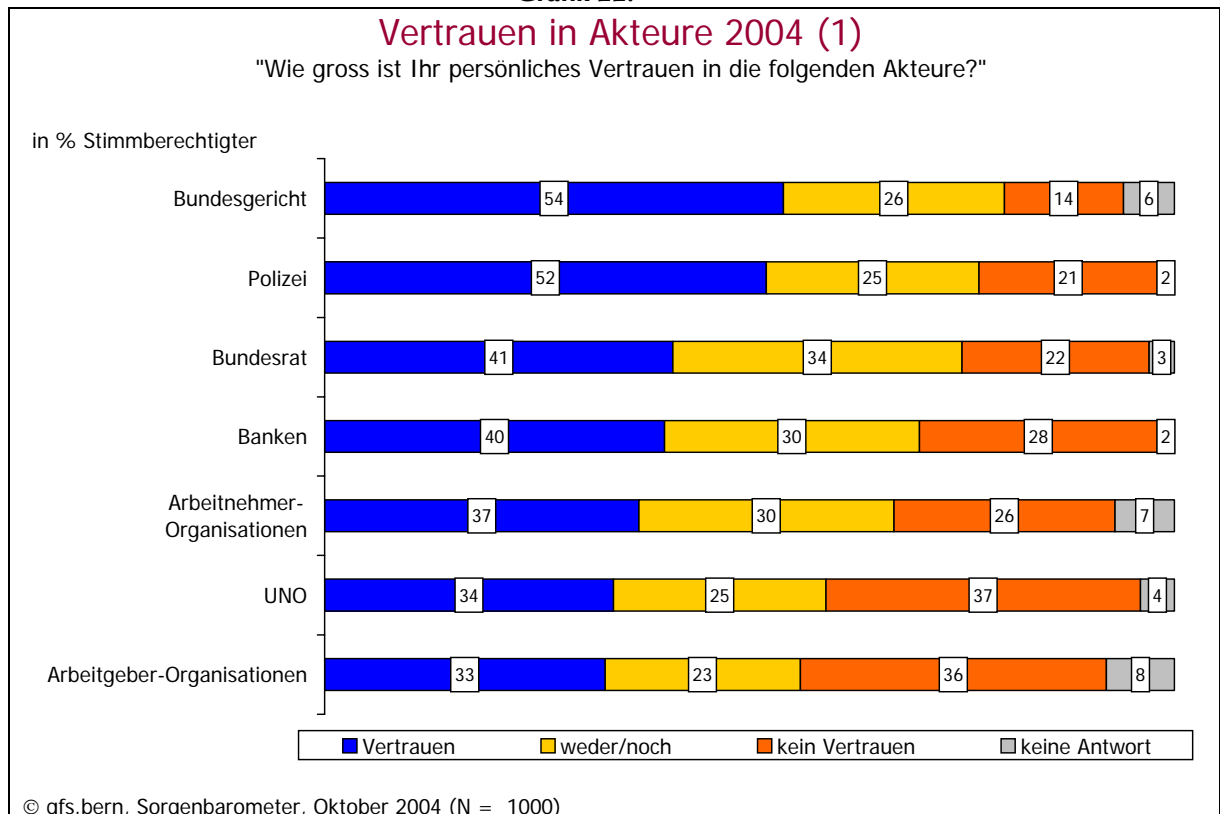


## 2.4. Das Institutionenvertrauen

### 2.4.1. Die aktuelle Übersicht

Auch im Sorgenbarometer 2004 ist das Institutionenvertrauen untersucht worden. In die Abklärungen miteinbezogen wurden 15 staatliche resp. zivilgesellschaftliche Institutionen.

Grafik 22:

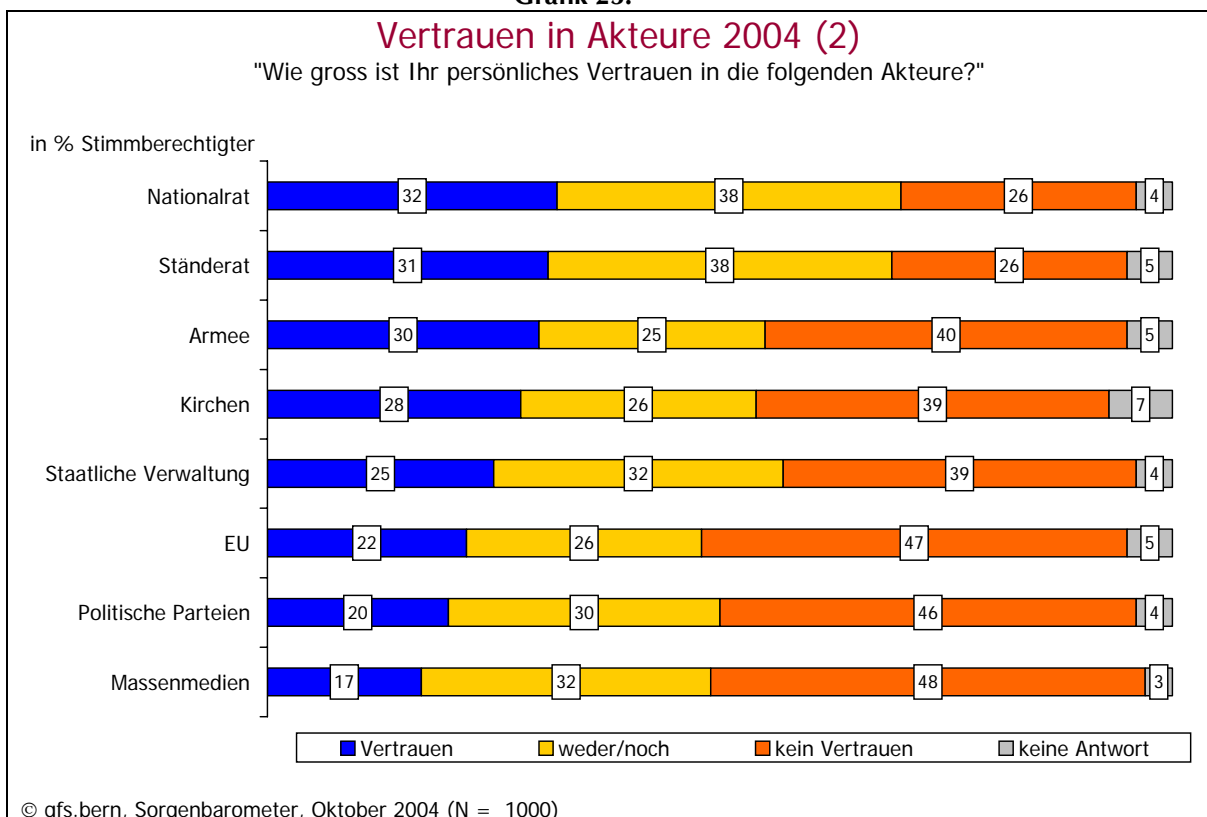


Die positivste Bindung hat die schweizerische Bürgerschaft an das Bundesgericht. Trotz der Kritik, die es 2003 wegen seines Entscheides bei der Einbürgerung erfahren hat, und trotz des Imageschadens der durch die Debatten über das Verhalten eines Bundesrichters gegenüber einem Journalisten entstanden ist, bleibt das Vertrauen in die Arbeit des Bundesgerichtes intakt. Begründet werden kann dies vor allem damit, dass man mit dem Vertrauen eine generelle Beziehung ausdrückt und weniger eine Bewertung der Leistung vornimmt, wie dies etwas bei der Zufriedenheit der Fall ist. Die generelle Beziehung wird in erster Linie durch das Umfeld definiert. In einer Zeit, in der immer mehr polarisiert ist resp. wird, hält man sich gerne an Institutionen, die ausserhalb der Debatte stehen, welche sich meist um knappe Güter wie Finanzen oder andere Ressourcen dreht. Bestätigt wird dies auch durch die zweitplatzierte Institution, die Polizei. In beiden Fällen vertraut diesen Institutionen eine Mehrheit. Beim Bundesgericht sind es 54 Prozent, bei der Polizei 52 Prozent.

Alle anderen überprüften Institutionen finden nur bei einer Minderheit Vertrauen. Ihre Beurteilung wird stärker durch Leistungsbewertung oder durch kurzfristige Imagekomponenten beeinflusst. Drei haben in unserer Untersuchung wenigstens einen höheren Anteil an Vertrauen denn an Misstrauen. Konkret sind dies der Bundesrat, die Banken

und die Arbeitnehmerorganisationen. Sie kennen Werte von rund 40 Prozent für das ausdrückliche Vertrauen resp. von rund 25 Prozent für das direkt geäusserte Misstrauen.

Grafik 23:



Bei allen anderen Institutionen, die wir in unseren Test aufgenommen haben, überwiegt heute das Misstrauen. Das gilt für die UNO, die Arbeitgeber-Organisationen, den National- und Ständerat, die Armee, die Kirchen, die Administration und die EU. Schlechter als diese schneiden noch die Parteien ab, - und die Massenmedien. Bei diesen differierte das Vertrauen stark zwischen der jeweils bevorzugten Organisation – eine Partei, ein bestimmtes Medium – und dem generellen Bild, das man sich von politischen Parteien und den Massenmedien macht.

#### 2.4.2. Der Kurzzeitvergleich

Im Kurzfristvergleich, welcher die Zahlen von 2003 und 2004 umfasst, gibt es keinen sicheren Gewinner unter den Institutionen. Zwar kennen einzelne Institutionen leicht verbesserte Werte, doch liegen diese alle im Fehlerbereich. Hingegen können wir vier eindeutige Verlierer benennen, bei denen das Vertrauen stärker zurückgegangen ist als der statistische Streubereich. Namentlich handelt es sich um die Polizei, die Banken, die Armee und die Verwaltung.

Grafik 24:

## Kurzzeitvergleich Institutionenvertrauen

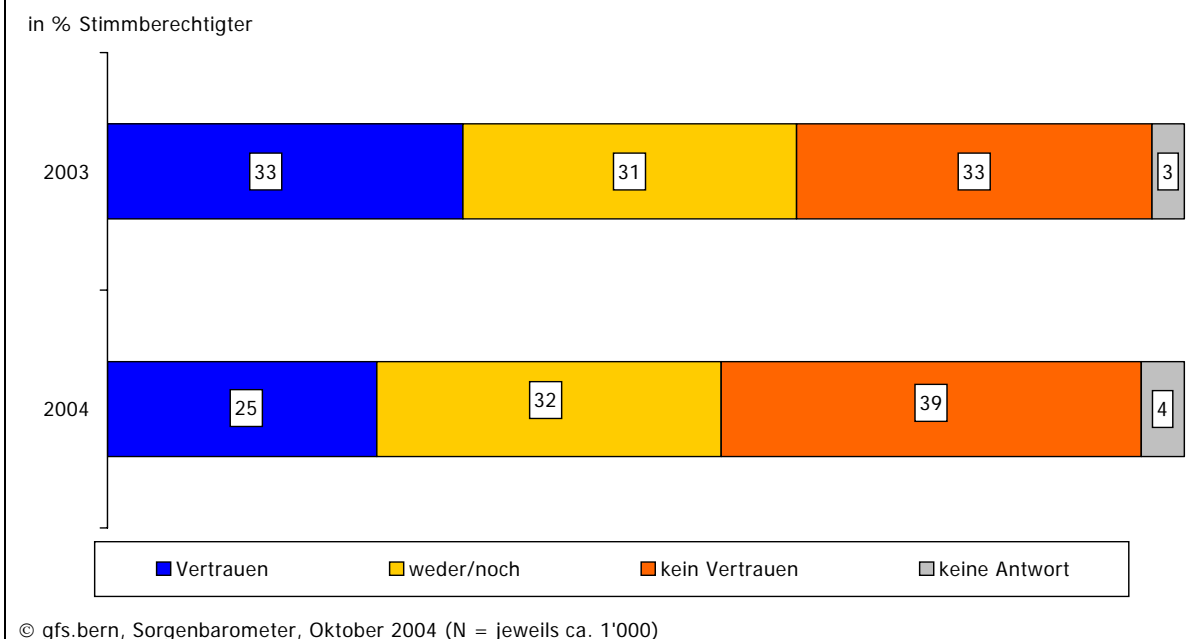


Nicht bei allen Institutionen ist klar, weshalb es zu diesem Rückgang gekommen ist. Am einfachsten noch ist die Erklärung bei der staatlichen Administration. Diese wurde in jüngster Zeit generell attackiert, zu umfangreich zu sein, zu viel perfektionistisch regeln zu wollen und dabei zu grosse Kosten zu verursachen. Das ist, wenn man sich auf den Kernbereich der Verwaltung bezieht, eine attraktive, breit getragene Kritik, die meist erst dort ihre Grenze kennt, wo es um eine eigentliche Dienstleistungsverwaltung geht. Hier wünschte man sich zwar Effektivitätssteigerungen, nicht aber eine Reduktion der Angebote. In der Regel werden diese Teile der staatlichen Administration sogar positiv benotet.

**Grafik 25:**

### Trend: Vertrauen in staatliche Verwaltung

"Wie gross ist Ihr persönliches Vertrauen in die folgenden Institutionen?"  
staatliche Verwaltung

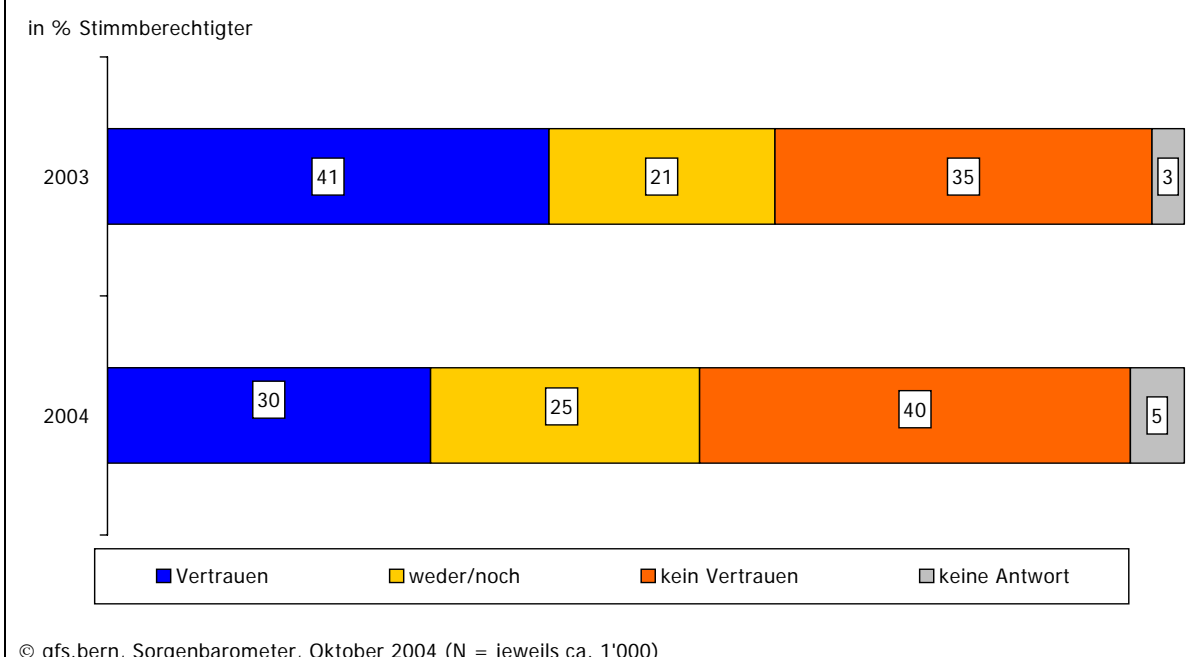


Bei der Armee kann vermutet werden, dass ihre Reorganisation, die intern wie extern umstritten ist, den entscheidenden Einbruch gebracht hat. Zwar wurde die Armeereform XXI mehrheitlich befürwortet, doch haperte es in der Umsetzung erheblich, und die Klagen in der Arbeitswelt, aber auch im Privatleben waren durch die Umstellungen und die verursachte Unsicherheit beträchtlich.

**Grafik 26:**

### Trend: Vertrauen in die Armee

"Wie gross ist Ihr persönliches Vertrauen in die folgenden Institutionen?"  
Armee



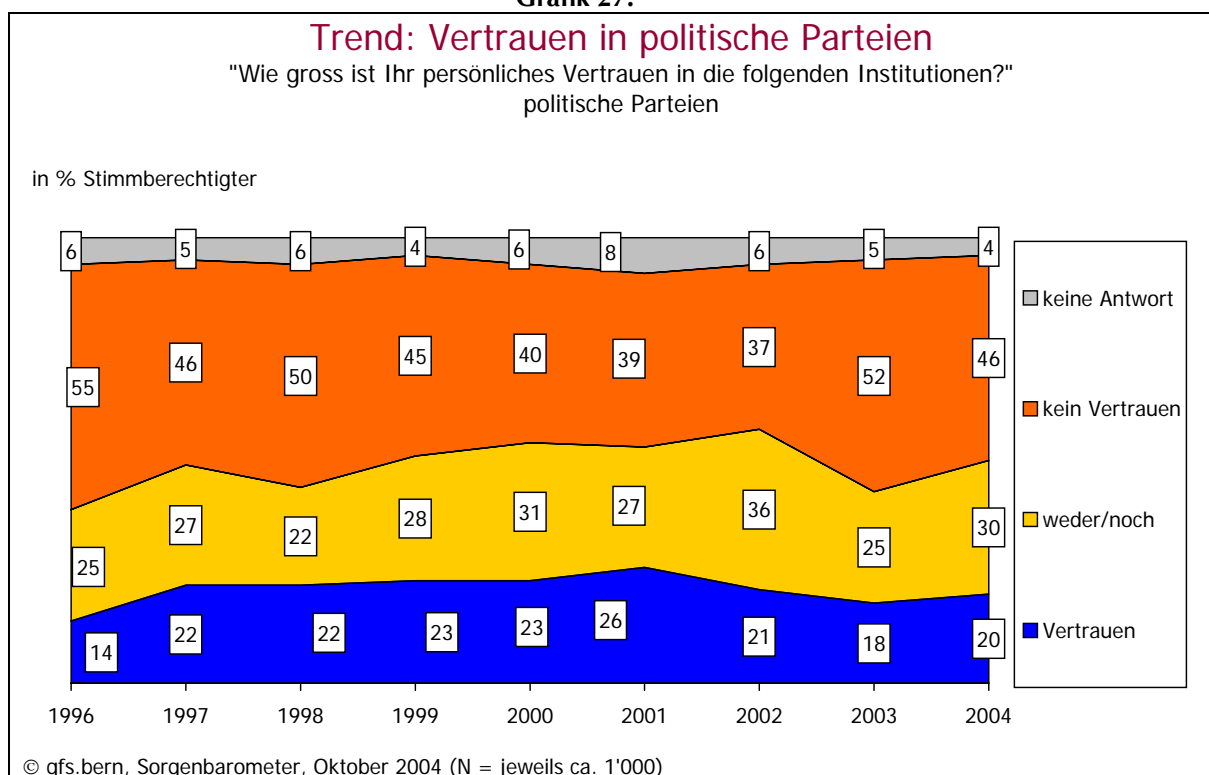
Weniger klar sind die Erklärungen zum aktuellen Rückgang gegenüber Banken und Polizei. Die Wirtschaftsentwicklung und die persönliche Sicherheit können als Begründungen vermutet werden, ohne dass sich schlüssige Belege ergeben.

### 2.4.3. Der Langzeitvergleich

Stellt man auf grössere Zeitabschnitte ab, ergeben sich leicht andere Bewertungen. Zwar gilt auch hier, dass sich das Institutionenvertrauen in den letzten 10 Jahren mehrheitlich verringert hat. Es trifft aber bei weitem nicht auf alle überprüfbaren Institutionen zu. Bei einzelnen findet sich sogar das Gegenteil, bei anderen sind die Trends über mehrere Jahre hinweg nicht einheitlich.

Beginnen wir mit dem eigentlichen Gewinner: Überraschenderweise sind es die politischen Parteien. Das Ergebnis soll sie nicht mit besonderem Stolz erfüllen, haben sie sich doch rangmässig vom letzten auf den vorletzten Platz verbessert. Oder anders gesagt: Sie steigen vom dritten UG ins zweite auf. Immerhin: Die misstrauischen Beurteilungen, die 1996 mit 55 Prozent klar überwogen, haben sich zurückbildet. Heute sind noch 46 Prozent misstrauisch. Das generelle Vertrauen hat sich von 14 auf 20 Prozent erhöht.

Grafik 27:



Diese Veränderung lässt sich übrigens auch mit anderen Trendindikatoren erklären. War in den 80er und frühen 90er-Jahren die Erosion der Parteibindungen das zentrale Thema in der Analyse des Verhältnisses zwischen Parteien und Bürgerschaft, ist diese Perspektive für die Schweiz zwischenzeitlich nicht mehr zutreffend. Nicht das Dealignment beherrscht die Szenerie, sondern das Realignment, die Neueinbindung von Teilen der Bürgerschaft. Dies gelingt zwar nicht allen Parteien gleich gut, sprich den Flügelparteien besser als den Zentrumparteien, insgesamt fühlen sich heute aber wie-

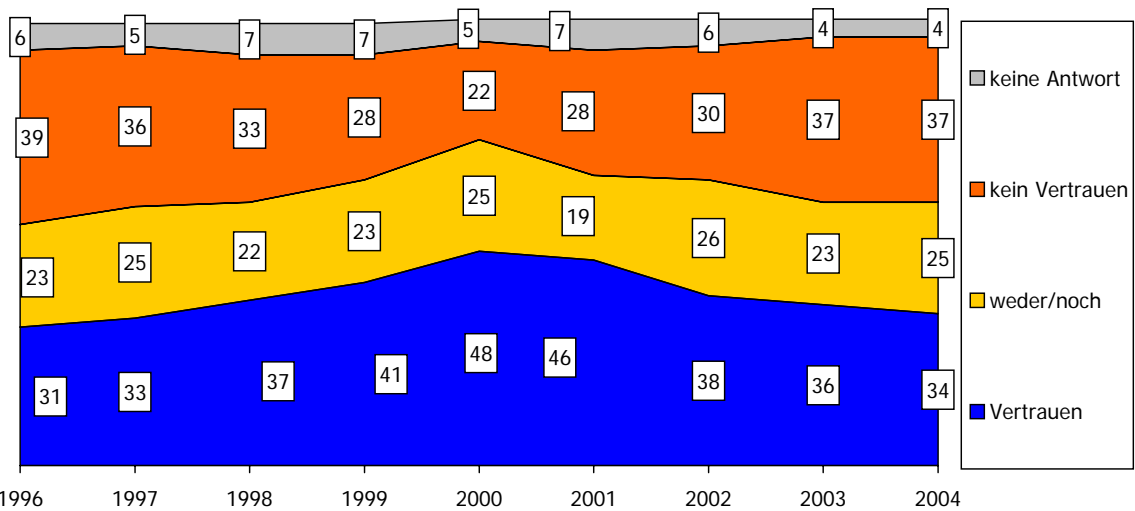
der mehr Menschen mindestens einer politischen Partei nahe, als dies nach den Parlamentswahlen 1995 oder 1999 der Fall war.

**Grafik 28:**

**Trend: Vertrauen in die UNO**

"Wie gross ist Ihr persönliches Vertrauen in die folgenden Institutionen?"  
UNO

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Oktober 2004 (N = jeweils ca. 1'000)

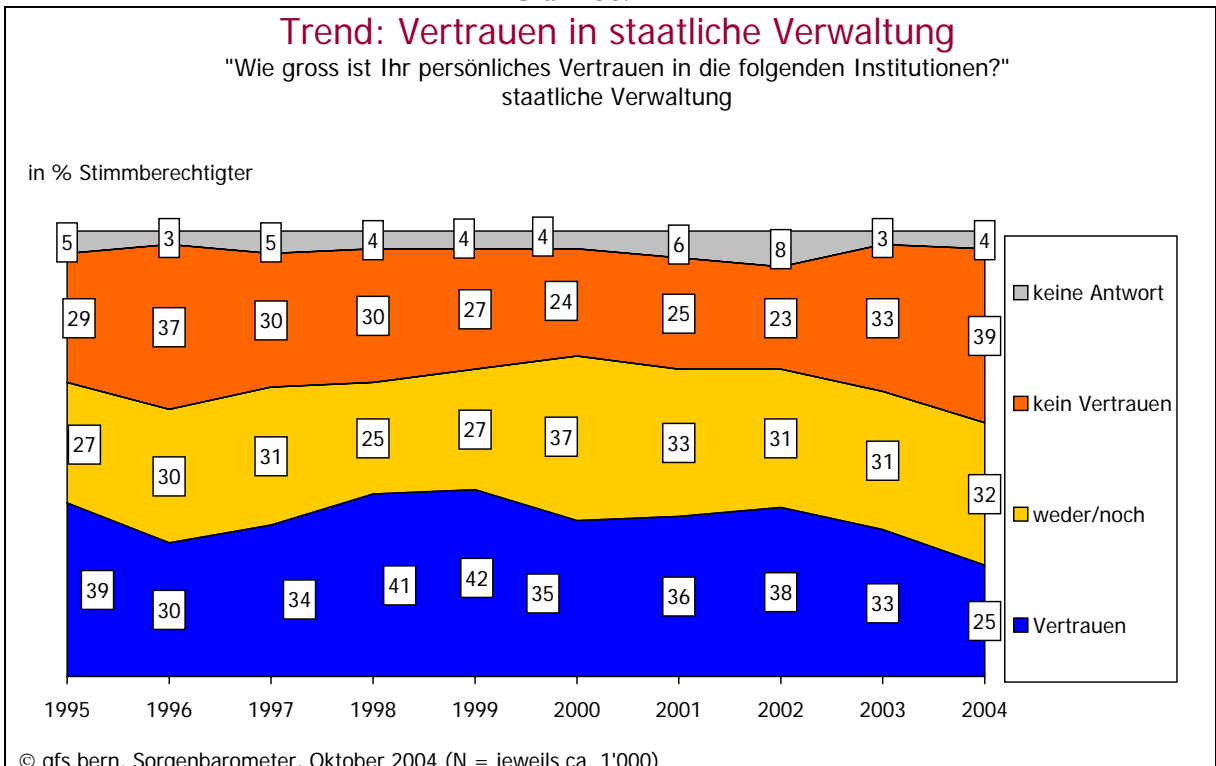
Der zweite Gewinner unter den Institutionen ist die UNO. Auch sie konnte das Misstrauen, das sie Mitte der 90er Jahre noch kannte, reduzieren. Umgekehrt ist der Vertrauensanteil in der stimmberechtigten Bevölkerung gestiegen. Im Zehnjahres-Vergleich sind die Veränderungen allerdings minimal. Das hat damit zu tun, dass die UNO in den Jahren 2000 und 2001 in der Schweiz den besten je gemessenen Eindruck machte. Zwischenzeitlich unterliegt auch dieser der mehrheitlichen kritischen Sicht gegenüber Institutionen.

Grafik 29:



Einen negativeren Vertrauensindex haben heute fast alle anderen Institutionen, als dies 1996 noch der Fall war.

Grafik 30:



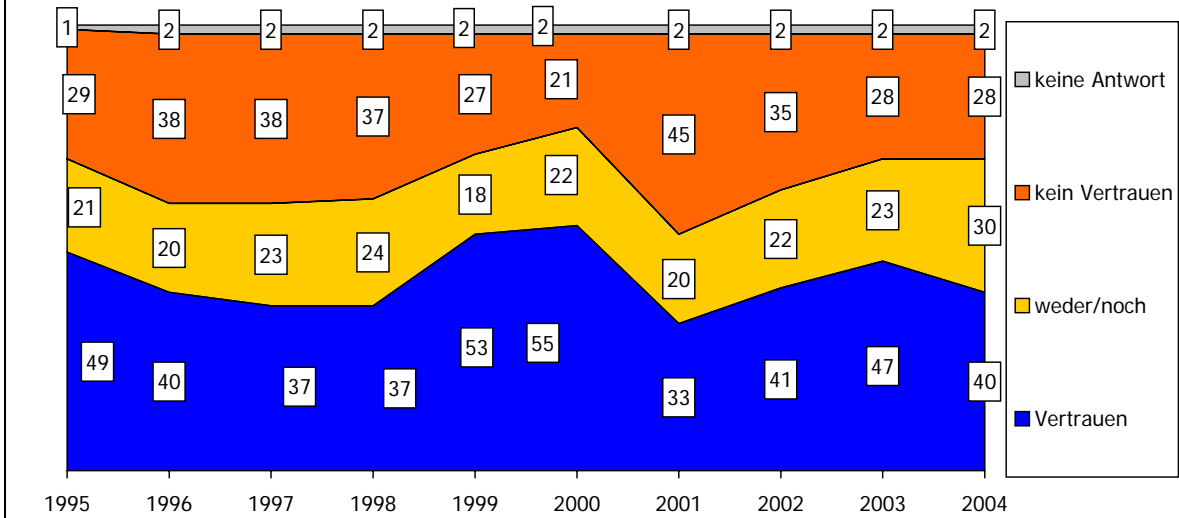
Den grössten Vertrauensverlust eingefahren hat in dieser Dekade die staatliche Verwaltung. An zweiter Stelle rangiert der Ständerat, gefolgt vom drittplatzierten Bundesrat. Damit sind alle drei Institutionen, die am meisten verloren haben, stark exponierte staatliche Institutionen. Auch auf den Plätzen 4 und 6 folgen mit dem Bundesgericht und dem Nationalrat resp. der Armee zwei weitere staatliche Akteure.

**Grafik 31:**

**Trend: Vertrauen in Banken**

"Wie gross ist Ihr persönliches Vertrauen in die folgenden Institutionen?"  
Banken

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Oktober 2004 (N = jeweils ca. 1'000)

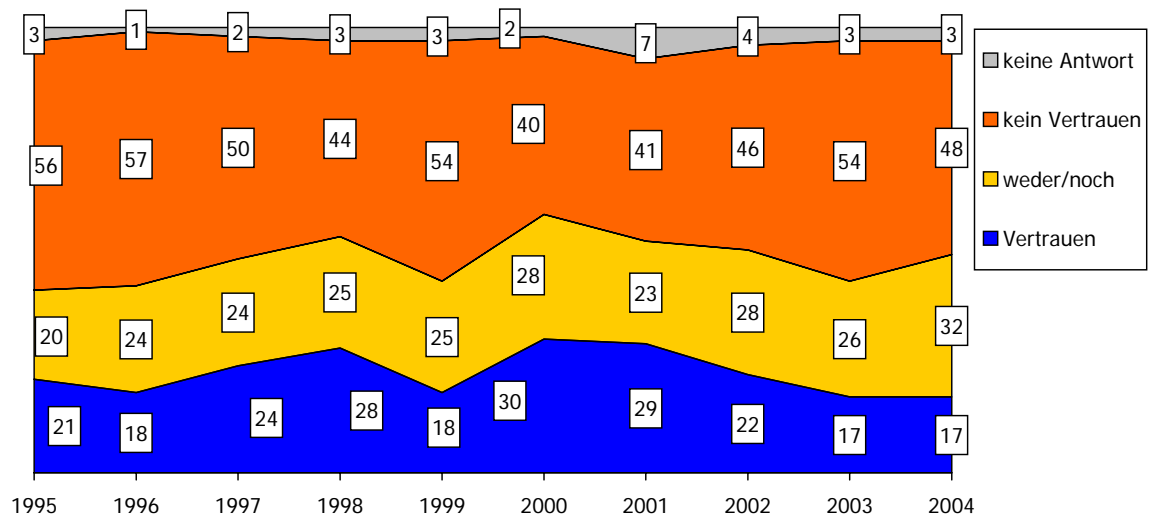
Unter den zivilgesellschaftlichen Institutionen kennen die Banken den grössten Vertrauensschwund über 10 Jahren hinweg. Ihr Rückgang ist noch etwas grösser als bei den Kirchen und Gewerkschaften.

Grafik 32:

### Trend: Vertrauen in die Massenmedien

"Wie gross ist Ihr persönliches Vertrauen in die folgenden Institutionen?"  
Massenmedien

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, Oktober 2004 (N = jeweils ca. 1'000)

Nicht bei allen Institutionen steigt parallel dazu das Misstrauen. Es kann auch sein, dass sich vermehrt Leute zwischen den Polen platzieren. Am augenfälligsten ist die bei den Massenmedien der Fall. Bei ihnen ist das Vertrauen seit 1996 um 4 Prozentpunkte zurückgegangen. Es hat sich aber auch das Misstrauen um 8 Prozentpunkte verringert. Das macht 12 Prozent mehr, die sich gegenüber den Massenmedien als solche in der Vertrauens/Misstrauensfrage nicht mehr platzieren können, weil sie sich lieber von Medium zu Medium äussern würden.

## 3. Die Synthese

### 3.1. Kurze Rekapitulation der Fragestellung

Wenn es stimmt, was Niklas Luhmann über moderne Gesellschaften gedacht hat, müssen wir in der Lage sein, uns selber beobachten zu können. Repräsentativ-Befragungen sind dabei das Medium, mit dem wir ForscherInnen die Bürgerschaft beobachten, wir durch unsere Kunden beobachtet werden, und diese wiederum die Medien und die breite Öffentlichkeit als Beobachter kennen. Last but not least lässt sich in diesem Prozess schliesslich durch die Bürgerinnen, durch uns, durch die Credit Suisse beobachten, was die Medien mit den Ergebnissen machen, und was die Politik für Schlussfolgerungen daraus zieht. Stossen wir diesen reflexiven Beobachtungsprozess mit der Synthese zum Sorgenbarometer 2004 also an!

Drei Fragen standen am Anfang dieses Berichtes; namentlich handelte es sich um:

- Erstens, was sind die wichtigsten, was sind die dringendsten Sorgen, welche die Bürger und Bürgerinnen in der Schweiz haben?
- Zweitens, wie nehmen sie das wirtschaftliche Umfeld wahr?
- Drittens, welche Folgerungen ergeben sich aus beidem für das Vertrauen in die Institutionen?

Die Verdichtung der Befragungsergebnisse folgt nicht ganz in dieser Reihenfolge, sondern setzt bei der zweiten Frage ein, weil sich hier am ehesten Hinweise auf Ursprünge in einer Kausalkette der Argumentation ergeben.

### 3.2. Das wirtschaftliche Umfeld

Wie wir wissen, ist die Berichterstattung über Wirtschaftsindikatoren in Fachmedien und der breiten Publizistik üblich geworden. Sie gehören zu den täglich verbreiteten Informationen und lassen sich ein Expertenbild über den Gang der Ökonomie auf der Welt, bei unseren Nachbarn, in der Schweiz und in unserem unmittelbaren Umfeld entstehen.

Was die eigene Wirtschaftslage betrifft, fassen die schweizerischen StimmbürgerInnen ihre eigene Situation mehrheitlich als positiv zusammen und sind auch grossmehrheitlich zuversichtlich. Sich selber sieht man nicht akut gefährdet. Ganz anderes reagieren die gleichen Leute, wenn man sie auf die allgemeine Wirtschaftslage anspricht. Die Einschätzungen, die hier gemacht werden, folgen in erster Linie dem Konjunkturverlauf. Dieser bestimmt die Bilanzierung der letzten 12 Monate, und von hier aus kann man einen fast direkten Pfeil zu den Erwartungen für die kommenden 12 Monate machen.

Einmal positiv resümiert, verstärkt sich dies durch positive Erwartungen. Kommt es dagegen zu negativen Beurteilungen der allgemeinen Wirtschaftslage, verstärkt sich dies über negative Zukunftserwartungen. Gegenwärtig herrscht diese Optik vor. Die Beurteilung der allgemeinen Wirtschaftslage ist ausgeglichen bis pessimistisch.

Dieser Eindruck spiegelt sich auch in der Beurteilung des Wirtschaftsversagens. Eine starke Minderheit hat heute öfters ein solches Gefühl. Nur kleinere Minderheiten teilen diese Bewertung gar nicht oder nur teilweise. Eine beschränkte Abfärbung ergibt sich daraus auch auf das Politikversagen. Dieses ist etwas weniger negativ als das Wirtschaftsversagen, und es kennt auch weitere Ursachen.

### **3.3. Das Problembewusstsein**

Je nach Disposition, die man so entwickelt, ist man empfänglicher für Angebote, welche vor allem der massenmediale Diskurs über gesamtgesellschaftliche Probleme macht. Im Moment reflektiert sich dies in der Platzierung der Arbeitslosigkeit als grösste Sorge, welche die Schweizer BürgerInnen haben. Dabei geht es nicht einmal nur um die eigene direkte oder indirekte Betroffenheit. Es geht auch um das Bild der Arbeitslosigkeit, das einen bedrohen kann. Ersteres ist für die Romandie und die urbanen Gebiete typischer, letzteres für die Zentral- und Ostschweiz. Die weiteren wichtigen Probleme der Gegenwart in der Beurteilung der Bürgerschaft sind die Schwierigkeiten mit dem Gesundheitswesen, mit der Rentensicherheit und mit dem Asylwesen. Bei der Rentensicherheit ergibt sich ebenfalls ein direkter Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Beurteilung. Individuen, die einen negativen Eindruck vom Gang der Ökonomie haben, nennen Probleme mit der Altersvorsorge häufiger als andere. Die wahrgenommenen Probleme im Gesundheits- und Flüchtlingswesen haben eine ganz andere Bestimmung. Sie rühren in erster Linie her von manifesten Problemen in den Bereichen selber. Steigende Krankenkassenprämien und Asylgesuche sind hier die entscheidenden Stichworte. Diese sind schon länger wirksam und sorgen so für eine anhaltende mehr oder minder starke Problematisierung dieser beiden Politikbereiche. Dabei kann man feststellen, dass sich das Krisenbewusstsein in beiden Themenfeldern eher verallgemeinert und sogar Einflüsse auf das Politikversagen hat, wie es oben angesprochen worden ist.

Was die Zyklen betrifft, mit denen man solche Probleme im Sorgenbarometer indiziert, können wir im Langzeitvergleich vier Typen nachweisen: den Blitzschlag mit einer sehr kurzfristig an- aber auch absteigenden Aktualität des Problems, die Lola-Welle, mit einer mittelfristigen Problematisierung, die durch eine ebenfalls mittelfristige Entproblematisierung abgelöst wird, sowie die nachhaltige Problematisierung resp. Entproblematisierung. Die Sorgen über den Terrorismus stehen für ersteres, über Krieg und Frieden für Zweiteres, über das Gesundheitswesen für Dritteres und die Umwelt für letzteres.

Dieses Raster ist denn auch geeigneter, Veränderungen im Problemhaushalt der Schweizer Bürgerschaft festzuhalten, als man das mit Jahresvergleichen machen kann. Dabei gibt es durchaus situative Momente, die Veränderungen zu stark bewirken und Erklärung übermässig prägen. Solange sie nicht anhalten, macht das keinen Sinn.

Bilanziert man dagegen die Zyklen im Sorgenbewusstsein der SchweizerInnen über die letzten, hier einheitlich erforschten 10 Jahre, kann man die nachstehende Übersicht machen (folgt noch).

**Tabelle 1:**  
**Übersicht über die identifizierten Themenfenster im Sorgenbarometer und die typischen Beispiele hierzu**

<i>Einmaliger Ausschlag</i>	<i>Themenzyklus</i>	<i>nachhaltige Problematisierung</i>	<i>nachhaltige Entproblematisierung</i>	<i>unregelmässige Schwankungen</i>
Terrorismus 2001	Krieg und Frieden 1999-2000	Umweltschutz 1988 – 1996	Altersvorsorge 1994 – 2003	Neue Armut
Globalisierung 2001	Asylwesen 1997 2001	Drogenpolitik 1994 – 2001	Arbeitslosigkeit 2000 – 2004	Rassismus
Managerlöhne 2001	Armeefragen 1999– 2003	Europafragen 2000 – 2003	persönliche Sicherheit 2000	Staatsreform
	Landwirtschaft 2000 – 2003	Gleichstellung 2000 – 2004	soziale Sicherheit 2001 – 2002	Sozialpartnerschaft
	Zusammenleben 2000- 2003		Wirtschaftslage 2000 - 2003	Verkehrsfragen

### 3.4. Das Institutionenvertrauen

Diese hier zusammengefassten 10 Jahre sind eine Dekade, in der die BürgerInnen ein distanzierteres Verhältnis zu fast allen Institutionen entwickelt haben. Davon am meisten betroffen sind die politischen Institutionen wie die Verwaltung, das Parlament, die Regierung. In diesen Sog ist sogar auch das Bundesgericht geraten, selbst wenn es weiterhin mehrheitliches Vertrauen geniesst. Dies ist auch bei der Polizei der Fall, sonst aber bei keiner Institution.

Einer grössere Veränderung unterworfen ist auch das Verhältnis der BürgerInnen zu Banken, Kirchen und Gewerkschaften. Sie kennen alle einen länger anhaltenden Vertrauensschwund, selbst wenn dieser verschiedenartige Ursachen hat, und wenn die Zyklen nicht überall gleich sind.

Gegenläufig ist die Bewegung am ehesten bei den politischen Parteien. Ihnen ist, vor allem über die Flügel, eine Neueinbindung von BürgerInnen geglückt. Dies hat das Vertrauen in die politischen Parteien leicht ansteigen lassen. Es bleibt aber nach wie vor viel Misstrauen, wobei in der stark polarisierten Zeit die bevorzugte Partei das Vertrauen focussiert, und die anderen das Misstrauen sammeln. Ganz anders entwickelt sich schliesslich das Verhältnis der BürgerInnen zu den Massenmedien. Zwar unterliegen auch sie dem allgemeinen Trend zu geringerem Vertrauen, doch reduzierte sich in den letzten 10 Jahren auch das Misstrauen. Das heisst, dass Bindungen an ein Leibmedium zurückgehen, das Mediensystem als Ganzes jedoch eine wachsende Anerkennung findet.

### **3.5. Eine optimistische Schlussbemerkung Allem zum Trotz**

Die ParteipräsidentInnen, die sich am eckigen Tisch zusammengefunden haben, legen eine Priorität für die gemeinsam angestrebte Reform fest. Es handelt sich um die IV. In der Tat belegt das Sorgenbarometer, dass der ausgewählte Bereich indirekt zu den prioritären Problemen auch aus Bevölkerungssicht fällt. Das Raster, das die Stimmberechtigten den ParteipräsidentInnen für die Hierarchisierung der Probleme vorgelegt hätten, ist allerdings deutlich umfassender. Hätte der eckige Tisch aus Sorgenbarometer geschaut, hätte man sich über deutlich mehr einigen müssen.

Und was hätte Niklas Luhmann zu unserem Bereich gesagt, würde er noch leben: Sozialwissenschaftliche Beobachtung des sozialen Wandels, wie es mit dem Monitor "Sorgenbarometer" seit über dreissig Jahren geleistet und seit genau 10 Jahren unter einer einheitlichen Fragestellung und mit einer einheitlichen Methodik geleistet wird, erscheint nicht nur möglich. Sie erscheint wohl auch sinnvoll, wenn sie medial vermittelt einen Teil der gesellschaftlichen Orientierung liefert, die man in einer Zeit mit eher skeptischem Grundton und Institutionendistanz in der Kommunikation sucht.

# Anhang

## Das gfs.bern Team

[identität]



**CLAUDE LONGCHAMP**

Politikwissenschaftler,  
Institutsleiter, Verwaltungsrat  
Schwerpunkte: Abstimmungen, Wahlen,  
Parteien, Europäische Integration,  
Technologiepolitik, politische Kultur und  
politische Kommunikation, Geschichte  
und Methoden der Demoskopie.

[identität]



**LUKAS GOLDER**

Politikwissenschaftler, Projektleiter  
Schwerpunkte: Kommunikation von  
Wissenschaft, Verwaltung und Politik,  
Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung  
des Staates, Datenbanken, Hochrechnungen,  
statistische Datenanalyse.

[identität]



**STEPHAN TSCHÖPE**

Projektassistent  
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,  
EDV-Programmierungen,  
Hochrechnungen, Visualisierungen.

[identität]



**MONIA AEBERSOLD**

Projektassistentin  
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,  
EDV-Programmierungen,  
Visualisierungen, qualitative Methoden.

[identität]



**LUCA BÖSCH**

Webmaster/Internet-Applikationsdesigner,  
Unternehmenskommunikation  
Schwerpunkte: Internetauftritt, Online-  
Befragungen, statistische Datenanalysen,  
Online-Datenbanken, Visualisierungen.

[identität]



**SILVIA-MARIA RATELBAND-PALLY**

Administratorin  
Schwerpunkte: Desktop-Publishing,  
Visualisierungen, Projektadministration,  
Vortragsadministration.

[identität]



**BIANCA ROUSSELOT**

Politikwissenschaftlerin, Praktikantin  
Schwerpunkte: Statistische Datenanalyse,  
Visualisierungen, Text Editing,  
Übersetzungen, Aufbau Bibliotheksdatenbank